

Redaktion und Verwaltung: Am. 20. 6797 nachts 6727 Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat, Prag 11., Dabickova nám. 12., Bofischegami 57544. Inserate werden laut Tarif billigst berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich . . . Kz 16.— vierteljährlich . . . 48.— halbjährig . . . 96.— ganzjährig . . . 192.— Abbestellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken. Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich (rüh).

Kommunistentagung.

Heute beginnt in Prag der Parteitag der kommunistischen Partei in der Tschechoslowakischen Republik. Die überschwänglichen Paraden, mit denen sonst die kommunistische Presse jede Tagung ihrer Partei schon im Vorhinein feierte, sind diesmal ausgeblieben. In recht gedrückter Stimmung leitet sie den Parteitag ein. Die kommunistische Partei der Tschechoslowakei ist dabei relativ eine der größten der Moskauer Internationale und es wurde ihr dafür auf dem vor kurzem abgehaltenen kommunistischen „Weltkongress“ fettes Lob gespendet. Mit den kommunistischen Parteien der anderen Länder steht es eben noch viel ärger. Der „unauffällige Vorwärtsmarsch“ des Kommunismus, mit dem die Führer der Dritten Internationale noch vor etwa Jahresfrist flunkern konnten, hat einen jähen Abbruch und greulichen Schaden zur Folge gehabt. Die durch die kommunistischen Verprechungen lange Zeit gespeisten Massen haben sich daran gründlich den Magen verdorben und sich überall enttäuscht ernüchert und verbittert von den falschen Heißklündern abgewendet. In dieser allgemeinen Massenflucht der Arbeiter aus dem Bannkreis der kommunistischen Ideologie vermochte fast nur noch die kommunistische Partei in der tschechoslowakischen Republik so etwas wie eine Potenz zu bleiben, aber dies galt nur von ihrem tschechischen Westerteile, denn der deutsche ist — daß Gott erbarm! — auf recht klägliche Ueberreste einer einst stolzen Pracht reduziert worden. Daß die tschechoslowakische „Sektion“ der kommunistischen Internationale die allgemeine Götterdämmerung solange verhältnismäßig heil zu überdauern vermochte, liegt daran, daß die gottverlassene Politik der tschechischen Sozialdemokraten ihnen die wirksamste Stütze war. Die Massen der tschechischen Arbeiter, die bisher den Kommunisten Gefolgschaft leisteten, folgten da gewiß weniger der Begeisterung für die kommunistischen Lehren, sondern dem Zwange, der sie bei der Entscheidung, entweder die reaktionäre Regierungspolitik der tschechischen Sozialdemokraten zu stützen, oder sich der kommunistischen Partei zuzuwenden, doch der letzteren folgen ließ.

Aber trotz dieser für die kommunistische Partei wie in keinem Lande günstigen Umstände, wird ihre diesjährige Heerzucht keine stolze sein. Auf dem Papier werden die Berichtstatter am Parteitage vielleicht noch ansehnliche Ziffern anführen, die raube Wirklichkeit sieht anders aus. Von den deutschen Kommunisten sei hier ganz geschwiegen, denn daß diese nur mehr ein durch die Moskauer Subsidien künstlich aufgepöpeltes Schattendasein führen, weiß man zur Genüge. Aber auch die tschechischen Kommunisten können sich nicht rühmen, daß sie für die tschechische Arbeiterschaft an Anziehungskraft gewonnen haben. Solange die Wirkung der „revolutionären“ Schlagwortpolitik vorhielt, vermochte die Partei die tschechischen Arbeiter an sich zu locken, seitdem dort aber der „Schmeralismus“ die Oberhand gewonnen hat und die Massen zum Bewußtsein kommen, daß den großen Worten der Kommunisten nicht der kleinste Erfolg gegenübersteht, hält viele der Arbeiter, soweit sie nicht dem Indifferentismus verfallen sind, nur die noch größere Abneigung gegen die Politik der tschechischen Sozialdemokraten in der kommunistischen Partei. Der Rückgang, den auch die tschechischen Kommunisten erfahren haben, kommt am deutlichsten bei der Betrachtung der kommunistischen Organisationsverhältnisse in Klado zum Ausdruck, das einstmals eine Hochburg bolschewistischer Bekanntheit war. Dort umfaßt die kommunistische Partei gegenwärtig kaum mehr ein Zehntel ihrer früheren Anhänger und die Zahl der Abnehmer ihrer Presse beträgt nicht einmal mehr ein Zwanzigstel von ehemals. Das Betrüblichste für die kommunistische Partei aber ist, daß ihr der Wurm am Herzen frisst und sie lähmt, unter welchem bösen Wurm die Opposition der „Linken“ in der Partei zu verstehen ist. Der Moskauer „Weltkongress“ ist wohl einen Monat hindurch hinter den Kulissen über diese Opposition zu

Deutsche Ruhrkohle für Deutschland gesperrt.

Berlin, 1. Februar. (Eigenbericht.) Die Absperrung, die die belgische und französische Regierung jetzt auch offiziell der deutschen Regierung angekündigt haben, ist nun vollständig durchgeführt. Nur wenige Kohlenzüge gingen heute früh noch in das unbefestete Gebiet ab. Ob allerdings Kohlen nach Frankreich und Belgien gelangen werden ist bei der Abnahme der Förderung und bei der stets zunehmenden Zerrüttung des Verkehrs sehr zu bezweifeln. Bisher sind nur etwa 28.000 Tonnen Kohle nach dem Westen abgegangen. Es verläutet, daß das Reich auf einige Monate mit Kohlen eingedeckt ist und bei Steigerung der Produktion in Sachsen und Schlesien mit einigen Zufuhren aus dem Ausland, vor allem aus England, auskommen wird.

Berlin, 1. Februar. Die „Bosische Zeitung“ schreibt: Mit dem heutigen Tage ist die Kohlen-sperre eingetreten. Damit beginnt zugleich der ganze Ernst der französischen Aktion, die sich bisher nur den Bewohnern des Ruhrgebietes offenbarte, sich auch für das übrige Deutschland zu zeigen. Es wäre ein verhängnisvoller Fehler, sich über diese Gefahr hinwegzusetzen, die dem deutschen Wirtschaftsleben droht. Dem „Lokalanzeiger“ wird

Ausgaben der japanischen Gewerkschaften. Hamburg, 31. Jänner. (Wolff.) Nach einem hier eingetroffenen Kabeltelegramm aus Tokio haben am 27. d. Abordnungen von mehr als dreihundert japanischen Gewerkschaften versucht, vor der französischen Botschaft in Tokio gegen die Besetzung des Ruhrgebietes zu demonstrieren. Die Ansammlungen wurden von der Polizei zerstreut.

Russische Spende für die Ruhrarbeiter. London, 31. Jänner. (Havas.) Die hiesige russische Handelsdelegation verlaubt auf Grund eines aus Moskau ihr zugelaufenen Telegramms, daß der Zentralschuss der Arbeiterverbände beschlossen hat, 100.000 Goldrubel oder 10.000 Pfund Sterling der Streikliste im Ruhrgebiet zu widmen.

Kein Proteststreik in Frankreich. Paris, 31. Jänner. (H.S.) Der allgemeine Gewerkschaftsverband (CGT) hat den Antrag des kommunistischen Gewerkschaftsverbandes auf Proklamierung des Generalstreikes für den 31. Jänner, der zum Proteste gegen die Besetzung des Ruhrgebietes erfolgen sollte, abgelehnt. Keine Zünnung ist heute der Arbeit ferngeblieben.

Gericht gefessen und es gelang ihm, die Opposition, welche die offizielle Parteiführung des Verrates an den kommunistischen Grundsätzen beschuldigt, lustig weiter und macht den Opportunisten das Leben sauer. Die kommunistischen Blätter weitem denn auch in ihren auf Woll gestimmten Betrachtungen zum Parteitage gewaltig gegen die bösen Unfriedensstifter, die es sich nicht abgewöhnen wollen, an den den Arbeitern einst gemachten Verheißungen von der nahen Weltrevolution festzuhalten, und sie fordern, daß der Parteitag diesem Streit, der, wie „es sich gezeigt“ habe, nicht prinzipieller, sondern größtenteils persönlicher Natur sei, ein radikales Ende mache. Der Wunsch ist begründlich, nur übersieht die kommunistische Presse die Kleinigkeit, daß die Opposition sich naturgemäß aus der Enttäuschung der kommunistischen Arbeiter ergeben muß, welche sehen, wie die Parteiführung ihre früheren, nur auf die unmittelbar bevorstehende Revolution und die Niederringung des Kapitalismus eingestellten Grundsätze abschwört und immer mehr zur praktischen sozialistischen Gegenwartsarbeit, wie sie die Sozialdemokraten seit icheer betreiben, übergeht. Die Hoffnung, daß der Parteitag diese stets zahlreicher werdenden Unzufriedenen zum Verstummen bringen werde, wird sich kaum erfüllen.

Das wird unwoniger der Fall sein, als der Parteitag erst recht der Ausgangspunkt der neuen, die Revolution in weite Ferne verschiebenden Taktik sein soll. Wenn die kommunistischen Arbeiter nach den Erfolgen der Partei fragen, so müssen die Führer ihre leeren Hände zeigen. Nichts, gar nichts, und noch weniger als nichts, ist das Ergebnis ihrer Tätigkeit seit dem Bestande der Partei. Weniger als nichts, weil der „Preis“, den das Proletariat für die Schaffung der kommunistischen Partei bezahlen mußte, ein schauerlich hoher ist: er besteht in der Verschlagung der Einheitslichkeit der Arbeiterbewegung! Nun soll die Fahnenflucht

Englische Kohle nach Deutschland.

Berlin, 1. Februar. Wie die Blätter melden, ist der Antransport englischer Kohlen über Altona in langsamer Zunahme begriffen. Außerdem seien für die nächste Zeit 48.000 Tonnen englischer Kohlen über Embden avisiert. Zudem sei das unbefestete Deutschland mit Kohlen recht gut versorgt.

Paris, 1. Februar. (Havas.) Die gemäß der getriggen Anordnung erfolgte Absperrung des unbefesteten Deutschlands von der Ruhrkohle ist ausgeführt. 35 Kohlenzüge wurden heute vormittags angehalten.

aus Halle gemeldet: Die Bergarbeiter im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau haben beschlossen, auch Sonntagschichten zu verfahren, um dem Ausfall an Ruhrkohle zu begegnen.

Berlin, 1. Februar. (Eigenbericht.) Nach Meldungen aus Paris hat Branting infolge des Widerstandes der französischen Regierung den Plan aufgegeben, die Ruhrfrage vor den Völkern zu bringen. Die deutsche Regierung erklärt, daß sie Branting nicht um seine Vermittlung ersucht hat.

Geringe Erholung der Mark.

Berlin, 1. Februar. (Eigenbericht.) Nach dem Einlangen der New-Yorker Kurse erholt sich die Mark etwas. Da die Reichsbank die Mark stütze, gingen die ausländischen Devisen beträchtlich im Kurse zurück. Der Dollar notierte 41.396, das englische Pfund 192.517, der Schweizer Frank 7.780 und die tschechische Krone 1177.

weiter Massen der Arbeiterschaft dadurch aufgehalten werden, daß die kommunistische Partei den Vorschlag sassen will, den Sozialdemokraten nachzunehmen, um der Arbeiterschaft auch sichtbare und praktische Erfolge heinzubringen. Das kommunistische Zentralorgan verspricht, daß sich die Tätigkeit der Partei künftighin „nicht nur auf die Propaganda“ beschränken, sondern daß sie „klar aussprechen“ werde, „wie sie sich den Weg, der aus den heutigen Verhältnissen herausführt, vorstelle“. Das Blatt bekenn: „Im gegenwärtigen Augenblick handelt es sich noch nicht um die Endziele und es gesteht auch, daß seine Partei die Erkenntnis gewonnen habe, „in der heutigen Situation“ befinde sich „nicht die Arbeitermacht, sondern das Großkapital in der Offensive“. Darum handle es sich „nicht um die Errichtung des Kommunismus“, sondern darum, daß den Arbeitern ihre Löhne nicht reduziert und sie von der Arbeitslosigkeit nicht gequält werden. Und darum Räuber und Mörder! Und darum mußte die Arbeiterbewegung zerpflegt werden!

Auf dem Parteitag der Kommunisten, der als eines seiner Ziele sich gestellt hat: „die Mittelschichten von ihrer panischen Furcht vor der Arbeiterschaft zu befreien“, wird eine böse Katastrophe laffen. Wenn das Gewissen der Führer, die dort den sichtbaren Verfall der Partei werden beschwören wollen, rege wäre, sie müßten als ihre schwerste Schuld erkennen, daß sie es möglich machten, wenn heute die ihnen untreu werdenden Massen dem Indifferentismus, der Verdrossenheit und Mutlosigkeit verfallen. Der Parteitag wird den Auflösungsprozess des Kommunismus sichtbar machen und kommen wird die Zeit, da die gesamte Arbeiterschaft ihn nur als eine aus den Nachkriegswirren geborene Verirrung, als ein die Arbeiterbewegung schädigendes Hemmnis erkennen wird.

Der Sturz der sächsischen Regierung.

Eine neue kommunistische Forderung.

In der Dienstagsitzung des sächsischen Landtages ist der Rücktritt der sächsischen Regierung erfolgt. Die Kommunisten hatten ein Mißtrauensvotum gegen den Innenminister, Genossen Lipinski eingebracht. Das Gesamtkabinett erklärte sich mit ihm schließlich solidarisch, nachdem der kommunistische Antrag von der im Landtage vorhandenen Mehrheit der bürgerlichen und der kommunistischen Abgeordneten angenommen worden war. In holdrer Einheitsfront stimmten die Extremisten von rechts und links gegen die Sozialisten. Sie haben einen vorläufigen Erfolg errungen, einen Erfolg allerdings, bei dem sie nicht recht froh werden dürfen.

Unter der Parole der proletarischen Einheitsfront ist der kommunistische Vorstoß erfolgt. Was sie darunter verstehen, hat ihr Dolchstoß gegen die sozialistische Regierung des Landes deutlich gezeigt. Sie sind nicht mit ihr zufrieden, weil sie ihre agitatorischen Forderungen nicht erfüllt. So riskieren sie es, daß die sächsische Politik nach rechts orientiert wird. Wenn die deutschen nationalen und die deutschsozialistischen Herrschaften zur Regierung gelangen, dann würden sie vielleicht einsehen, wie wahnwitzig die Befestigung eines proletarischen Stützpunktes ist, wie ihn die sozialistische Regierung Sachsen innerhalb des Deutschen Reiches darstellt.

Man vergegenwärtige sich: die Landtagswahl vom 5. November führte zu einem proletarischen Erfolg. Monatslang hatten die Bürgerlichen die Auflösung des Landtages betrieben. Sie hofften bestimmt, die Mehrheit zu gewinnen. Ihr Ansturm wurde zurückgeschlagen. Freilich gingen die weitgesteckten sozialistischen Hoffnungen insoweit nicht in Erfüllung, als auch im neuen Landtage die Kommunisten das Jünglein an der Wage bildeten. Aber anstatt ihre Stellung zu einer Unterstützung der Sozialisten und damit zu einer Wahrnehmung der proletarischen Interessen auszunützen, ließen sie im neuen Landtage vielleicht mehr noch als im alten ihrer Agitationslust die Zügel schießen. Die ihnen angetragene Beileigung an der Regierung des Landes lehnten sie ab. Immerhin ermöglichten sie zunächst die Bildung einer rein sozialistischen Regierung. Nun haben sie deren Sturz nach kurzer Zeit herbeigeführt und die Gefahr ist vorhanden, daß damit der Erfolg des 5. November illusorisch gemacht wird und bürgerliche Hoffnungen, die aus eigener Kraft nie in Erfüllung gehen würden, dadurch sich durchsetzen können.

Das Bürgertum wünscht die Beileigung der rein sozialistischen Regierung oder mindestens ihre Anlehnung an das Bürgertum. Wenn die Kommunisten ihr Verhalten nicht revidieren, steht eine Lösung der sächsischen Regierungsfrage in diesem bürgerlichen Sinne im Bereich der Möglichkeit. Schon hat die reaktionäre Presse des Landes ihrer freudigen Uebertragung unterblümt Ausdruck gegeben. Die Bürgerlichen hatten schon die Hoffnung aufgegeben, die Regierung besitzigen zu können. Sie sind den Kommunisten zu Dank verpflichtet. Sie können sich, wenn sie den traurigen Mut dazu besitzen, darauf etwas einbilden.

Das kommunistische Vorgehen würde völlig sinnlos erscheinen, wenn man es nicht unter dem agitatorischen Gesichtspunkte bewerten wollte. Zwar richtete es sich nur gegen den Innenminister, doch war es der Gesamtregierung zugebracht. Es ist eine Tatsache, daß die in Deutschland durch die Ruhrbesetzung und das Verhalten der Cuno-Regierung geschaffene politische und wirtschaftliche Lage die kommunistischen Hoffnungen auf politische Erfolge gestärkt hat. Auch in der Arbeiterschaft ist leider nicht überall die wünschenswerte Klarheit in der Einschätzung der Situation vorhanden. Die Vereinigung der sozialistischen Parteien hat gewisse nationale Tendenzen in der Arbeiterbewegung noch nicht zu überwinden vermocht. Die Kommunisten nützen das strupellos aus. Ihre Saat kann nur in der Verwirrung der Geister gedeihen, und da sie die auch in den sozialistischen Reihen vermuten, stützten sie die sozialistische Regierung und zwar ausgerechnet in diesem Moment größter Gefahren. Vorgänge in Leipzig und Dresden, bei denen angeblich die Polizei ein nicht einwandfreies Verhalten gegen die Nationalsozialisten und andererseits gegen die Kommunisten betätigt hatte, dienten nur als ähnerer Vorwand für dem kommunistischen Mißtrauensantrag. Es konnte den Kommunisten nachgewiesen werden, daß die Regierung alles Nötige getan hat, um reaktionäre Vorstöße zu begegnen. Die Kommunisten aber arbeiten in den

Benesch über die außenpolitische Lage.

Die Einigung zwischen Deutschland und Frankreich im lebendigsten Interesse der Tschechoslowakei. — Keine Anerkennung Rußlands *de jure*. — Wirtschaftliche und politische Interessen.

In der Sitzung des Außenausschusses des Senats am 31. Jänner, über die wir bereits berichtet haben, sprach zum Schluß noch Minister Benesch, wobei er auf die Ausführungen der Debattenredner einging. Zunächst antwortete er dem Senator Dr. Raegle, der eine präzise Antwort auf die Frage haben wollte, wie sich die Tschechoslowakei im Falle eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich verhalten würde. Er sagte:

Auf diese Frage kann ich nicht antworten, denn über solche Dinge kann man nur im geeigneten Augenblick und unter Berücksichtigung der gegebenen Verhältnisse entscheiden.

In den Ausführungen des Sen. Riehnert bemerkte der Minister:

Senator Riehnert, der die ganze Reparationsfrage sehr sachlich behandelt hat, versuchte zu zeigen, daß ich das ganze Problem nicht genug objektiv besprochen habe. Dem gegenüber muß konstatiert werden, daß es sich im Außenausschuss nicht darum gehandelt hat, auf irgend eine Weise *a priori* die eine oder andere These, sei es die französische, sei es die englische, zu verteidigen, sondern darum, die Argumente zu begreifen, die zur Besetzung des Ruhrgebietes geführt haben. Wenn wir diese Argumente erwägen, können wir uns politisch sagen, was wahr ist. Das ist auch geschehen, und deshalb glaube ich, daß ich nicht parteiisch gewesen bin. Senator Riehnert hat auch den Vorwurf erhoben, daß ich nicht angeführt habe, was Deutschland in der Reparationsfrage geleistet hat. Dem gegenüber konstatiere ich, daß ich gern alles anerkenne, was Deutschland bisher geleistet hat und man muß den Mut der deutschen Politiker anerkennen, welche die Kraft gehabt haben, in dieser schweren Situation, in der sich Deutschland befunden hat, wenigstens das durchzuführen, was sie schon geleistet haben. Leider war dies nicht genügend. Mit der Ansicht des Senators Riehnert kann nicht übereinstimmend werden, daß die französische Reparationspolitik prinzipiell und vom Grund auf unrecht sei. Ich stimme mit der Ansicht des Senators Riehnert überein, daß es im Leben

den Interessen der Tschechoslowakischen Republik gelegen ist, daß Frankreich sich mit Deutschland einigt und ich konstatiere, daß die Tschechoslowakische Republik vier volle Jahre in diesem Sinne ihre Außenpolitik geführt hat.

Die Erzielung eines solchen Einvernehmens würde unstreitig einen tiefen Vorteil für alle Völker der Tschechoslowakischen Republik bedeuten. Es ist jedoch fraglich, wie man zu dieser Einigung gelangen kann. Wir tun in dieser Beziehung alles. Es liegt jedoch auch an den anderen, etwas zu tun, vor allem an den Deutschen selbst. Was den Vertrag mit Rußland betrifft, konstatiert der Minister, daß er das Vorgehen einer gewissen Partei nicht für ein lokales Vorgehen halten könne. Wir haben, sagt er, mit Sowjetrußland einen Vertrag abgeschlossen, in welchem ausdrücklich gesagt wurde, daß die Frage der Anerkennung *de jure* bei Seite bleibt.

Zum Schluß kam Benesch auf wirtschaftliche Fragen zu sprechen:

Ein sehr ernstes Problem allerdings, wie Dr. Ledebour sagt, ist die Frage des weltwirtschaftlichen Ausgleiches. Ich habe stets eine Politik der wirtschaftlichen Annäherung aller Staaten, mit denen wir durch wirtschaftliche Interessen verbunden sind, gemacht. Wir haben gewisse wirtschaftliche Interessen mit Deutschland. Das ist natürlich. Deutschland ist unser Lieferant und Abnehmer, aber auch unser großer Konkurrent. Insbesondere unsere deutschen Landwirte würden irgend eine derartige wirtschaftliche Union, von der Herr Doktor Ledebour spricht und die eine Illusion ist, sehr stark spüren. Wir müssen immer bereit sein, wirtschaftliche Beziehungen zu pflegen, aber andererseits müssen wir uns auch der kulturellen und sozialen Beziehungen bewußt sein, und dürfen nicht unsere wirtschaftlichen Interessen um politische Interessen verkaufen und umgekehrt. Damit ist nichts gegen irgend jemanden gesagt. Das ist unsere politische Linie.

Der Vertreter der Zündholzfabrikanten Direktor Kruppa erklärte, daß eine Herabsetzung der Preise möglich ist, aber nicht auf Grundlage der vom Ernährungsministerium ausgearbeiteten Kalkulation, die überhaupt für ihn diskussionsunfähig sei. Direktor Kruppa schildert dann in „bewegten“ Worten das Elend der Zündholzfabrikanten. Seine Kalkulation sei unbedingt richtig, denn sie sei auf Grund der den Behörden vorgelegten Bücher und Naturen erstellt. Die Latit des Ernährungsministeriums führe zur Ermordung (!) der Zündholzindustrie.

Das geradezu provokatorische Auftreten des Herrn Direktors führte zu einer scharfen Zurückweisung durch sämtliche Redner, unter denen Genosse Pantrac unter anderem folgendes ausführte: Wenn der Herr Direktor meint, daß die Kalkulation des Ernährungsministeriums eine oberflächliche sei, so meine ich, daß man, wenn man den Vertreter des Zündholzkapitals zuhört, in Zweifel kommen muß, ob die Industrie überhaupt gewillt ist, in die erste wirtschaftliche Situation helfend einzugreifen. Überall wird abgebaut, die Löhne der Arbeiter und Angestellten werden herabgesetzt, nur die Preise wollen nicht sinken. Immer hören wir von den Vertretern der Industrie und des Handels andere Ausreden. Die Herren sagen: Wir werden die Preise abbauen, bis wir „Kon-

nen“ werden. Ich frage Sie: Fragt das jemand den Arbeiter und Angestellten, wenn man ihm von ihrem kärglichen Einkommen noch etwas wegnimmt? Der Preis der Streichhölzer kann mit Berücksichtigung der vorliegenden Kalkulation höchstens mit achtzehn Hellern pro Schachtel angelegt werden. Der Herr Direktor sagt über das Unrecht, das man an der Zündholzindustrie üben will. Wertwürdig: Jedem, der mit den Preisen heruntergehen soll, geschieht Unrecht. Alle Gründe, die der Herr Direktor angeführt hat, um den Preis hochzuhalten, treffen jedenfalls noch in verstärktem Maße für die Arbeiter und Angestellten zu und dennoch wurde dieses abgebaut.

Herr Danda bezeichnet das Zündholzkapital als das raubgrigste. Der Preis von 24 Hellern ist sehr unangemessen. Direktor Kruppa erhebt sich und erklärt, daß ihn die gefallenen Ausdrücke der Pflicht entheben zu antworten.

Sodann gibt der Vertreter des Finanzministeriums unsere oben wiedergegebene Erklärung ab. Mit Rücksicht darauf, daß die Zündholzfabriken trotz herabgesetzter Löhne und trotz des Präses des Finanzministeriums den Preis nicht herabgesetzt haben, beantragt Abg. Johannis, die Staatsanwaltschaft darauf aufmerksam zu machen, daß die Preise des Zündholzartikels un-

den ist. Auch das wird wieder deutlich, daß es ein Fehler war, zugleich mit den politischen Fesseln die wirtschaftlichen Bande des Gesamtstaates mit einem Ruck zu sprengen. Auch in Südslawien ist die Revolution nicht zu Ende. Wendel schildert, wie dolmanische Bauern vor einem Amtsgewölbe im Sonnenbrande sitzen und geduldig warten, und schließt: „Aber wenn ihnen das Warten doch zu lange währt, werden sie dann nicht von der Bank aufstehen?“ Ein Optimist ist Wendel vielleicht auch in politischen Dingen; dieser Zweifel muß ausgesprochen werden. Manches was er über südslawische Demokratie sagt, scheint durch rosa Brillengläser gesehen zu sein. Die Königsliche der Serben und die zahlreichen Einrichtungen als „Sühne“ kommunistischer Verschwörungen — das scheint mir einen Mißklang zu geben. Man wirft einem welt- und lebenskundigen Mann wie Wendel, ungeringem Maß vor, aber für Sozialisten, die dem Lakenblatt einer reaktionären Regierung, der „Brager Presse“, Artikel schreiben, wäre fast ein schärferes Wort am Platze. Aber nach der Lesart dieses Buches muß man an Wendels Ehrlichkeit unbedingt glauben; das hindert nicht, daß man in manchen Fragen selbständig Kritik übt. Jungen Sozialisten wird an Wendels Reisebüchern mißfallen, daß er unter den Freudebringern dem Wein eine so große Rolle zuteilt. Ost zieht er eine feurige Zilavka manchem vor, was vielleicht doch mehr als verstaubter Kram und tote Gelehrsamkeit ist. Trotzdem wird Wendels Buch allen irgend eine Freude und manchen Nutzen bringen. Es wird vor allem nicht nur den Jugoslawen in Deutschland, sondern auch den Deutschen in S.S. Freude gewinnen. E. Fr.

seine Naturschilderungen kaum unterbrechend, Bedeutsames aus der Geschichte der Balkanvölker mit, plaudert plötzlich wieder von Trachten und Gebräuchen, von den Gemüthen, die Küche und Keller bieten, von „Slato“ und „Cevapcici“, macht uns im Vorübergehen mit einem Künstler oder Politiker bekannt, und ehe wir es recht merken, hat er hundert Vorurteile in uns zerstört. Die Art, wie Wendel von allem spricht, lockt und verführt wirklich zum heiteren Genießen des Lebens. Es ist ein wahrhaft optimistisches Buch, ein lachendes Buch, das uns wieder einmal lehrt, daß Sonne, Wasser und Luft die kostbarsten Güter sind. Uebellaunigkeit ist Wendel fern. Antopanne, Plagregen, verwandte Betten — sie stören seine Fröhlichkeit nicht, lachend schreit er: „Untergang des Abendlandes? Ach was! Schlimmeres! Verwahnung des Abendlandes!“ Es wird kaum einen Leser dieses Buches geben, auf den die unbändige Lebenslust des Verfassers nicht anstehend wirkt.

Politisch erhält das Buch sein Gepräge durch die Tatsache, daß ein deutscher Sozialdemokrat es geschrieben hat. Wendel ist allem Separatismus feind. Er zieht Vergleiche zwischen kroatischem und bairischem Partikularismus und sieht in der Zukunft das große Südslawenreich, das Slowenen, Serbokroaten, Makedonier und Bulgaren umfaßt, einzig ist von der Adria bis zum Pontus. Dabei freut sich Wendel, wenn er Sympathien für Deutschland entdeckt oder wenn er die Spuren ordnender deutscher Hände irgendwo noch vorfindet. Was Wendel über politische und wirtschaftliche Verhältnisse mittelt, zeigt, daß leider auch im Staate S.S. manches zu reformieren wäre, daß der Siegerstolz auch dort auf den Besiegten lastet, daß auch in Jugoslawien der Militarismus mit den schwarzen Fahnen leider nicht verschwun-

angemessen hoch sind und den Teilbestand des Buchers beinhalten. Er wendet sich dagegen, daß jeder Käufer die Tasche der Konsumenten ausplündern darf. Die Preispolitik des Zündholzartikels möge dem Wuchergericht übergeben werden. Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Der Vorsitzende Haschel erklärt, den Antrag Johannis sofort zur Durchführung zu bringen und fordert die Wucherabteilung des Ernährungsministeriums auf, die diesbezüglichen Schritte einzuleiten.

Sodann beschließt die Konsumentenenquête, den Preis einer Zündholzschachtel im Detailverkauf mit achtzehn Hellern festzusetzen.

Der zweite Punkt der Tagesordnung, der die Berichte der einzelnen Unterkommissionen enthielt, wurde infolge der vorgeschrittenen Zeit abgelehnt. Zum dritten Punkt der Tagesordnung „Freie Anträge“ stellt Dr. Bondrussek folgenden Antrag, der auch angenommen wird:

Das Handelsministerium beruft in der nächsten Zeit eine Enquete ein, in der über die Einfuhr von Zeise in die tschechoslowakische Republik beraten werden soll. Es besteht die Befürchtung, daß in dieser Enquete die Konsumenten nicht vertreten sein werden. Die ständige Konsumentenenquête beschließt daher, das Handelsministerium aufzufordern, sie zu dieser Enquete einzuladen.

Telegramme.

Die Anfrage im englischen Parlament.

Eine Anregung der Arbeiterpartei abgelehnt.

London, 31. Jänner. (Sch. P.) Bonar Law hat dem Führer der Arbeiterpartei MacDonald auf dessen im Namen der parlamentarischen Arbeiterparteien gestelltes Ersuchen, das Parlament vor dem 13. Feber einzuberufen, um eine Besprechung der Ruhrfrage zu ermöglichen, geantwortet, daß er diesem Ersuchen nicht stattgeben werde.

„Damit Poincaré in Ruhe arbeite...“

Paris, 1. Feber. Die Kammer hat am Schluß der heutigen Sitzung auf Antrag des Ministerpräsidenten Poincaré mit 485 gegen 81 Stimmen beschlossen, die Erörterung der Interpellationen über die allgemeine Politik der Regierung, die morgen stattfinden sollte, zu vertagen, damit die Regierung in Ruhe ihre friedliche Aktion zur Erlangung von Reparationszahlungen fortsetzen könne.

Weitere Verhaftungen im Ruhrgebiet.

Cleve, 31. Jänner. (Wolff.) Nach der „Köln. Ztg.“ wurde gestern abends der Bürgermeister von Cleve, Dr. Wolf, verhaftet. Weitere Verhaftungen stehen bevor. Der Bahnhof Cleve ist von den Belgiern besetzt worden. Die deutschen Eisenbahner wurden vom Bahnhof vertrieben. — Wie aus Bochum gemeldet wird, wurde der Automobilfabrikant Lumeg und zwei Beamte seines Werkes verhaftet, weil sie sich geweigert hatten, Reparaturen für die Franzosen auszuführen.

Deutschnationale Krawalle in Königsberg.

Berlin, 1. Febr. (Eigenbericht.) In Königsberg in Preußen kam es wieder zu nationalistischen Ausschreitungen, die den Polizeipräsidenten veranlaßten, Versammlungen unter freiem Himmel zu verbieten.

Schon wieder ein Ultimatum wegen Memel.

Paris, 1. Feber. (Havas.) Der diplomatische Reakteur der Agence Havas meldet, daß die Bolschewikerkommission gestern beschlossen habe, der litauischen Regierung ein Ultimatum zu senden, in dem sie aufgefordert wird, die litauischen Aufständischen aus Memel binnen 7 Tagen vom Tage der Notifizierung an die heute in Rowno erfolgte, abzurufen.

Der Völkerbundsrat und der Militarismus.

Einschränkung auf die Budgetsumme von 1913.

Paris, 31. Jänner. (Havas.) Der Völkerbundsrat befahte sich mit der Abrüstung und beschloß, die vor dem Weltkriege bestehenden europäischen Staaten aufzufordern, ihre Gesamtausgaben für Meer, Marine und Luftschiffahrt auf die auf Grund der Vorkriegspreise berechneten Beträge des Jahres 1913 herabzusetzen. Hierauf beschloß der Völkerbundsrat, nach der panamerikanischen Konferenz in Santiago de Chile eine internationale Konferenz zu dem Zwecke einzuberufen, um das Washingtoner Marineabkommen auch auf die Mächte auszu dehnen, welche die Washingtoner Vereinbarungen nicht unterfertigt haben. (Der Vorschlag des Völkerbundsrates läßt also der Tschechoslowakei die Möglichkeit, nach Belieben zu wählen, da sie vor dem Weltkrieg nicht als Staat existierte. Im übrigen bedeutet es eine große Spiegelfechterei, die wahnwitzigen Kriegsausgaben von 1913, die den Weltkrieg vorbereiten halfen, zur Grundlage auch nur des bescheidensten Abrüstungsvorschlages zu machen. D. Reb.)

Der Wucher mit Zündhölzern.

Das Finanzministerium macht dem Zündholzkapital Geschenke.

In der gestrigen Sitzung der ständigen Konsumentenenquête wurde die Frage der Herabsetzung der Zündholzpreise beraten. Hierbei machte der Vertreter des Finanzministeriums eine Mitteilung, die geeignet ist, geradezu Empörung herbeizurufen. Er sagte nämlich, daß das Finanzministerium dem Zündholzartikeln, welches gemäß eines mit dem Finanzministerium abgeschlossenen Vertrages von jeder verkauften Zündholzschachtel eine Abgabe von sechs Hellern zu zahlen hatte, vier Heller für eine Schachtel nachgelassen hat, ohne die Firmen zu verpflichten, mit dem Preise entsprechend herunterzugehen. Diese dem Vertreter des Finanzministeriums entwichene Äußerung wirft ein grelles Licht auf die Finanzpolitik des Staates. Während das Finanzministerium die verbrauchenden Schichten der Bevölkerung mit der Ausrede: „Der Staat braucht Geld“, ununterbrochen belastet, macht es zu gleicher Zeit dem Kapital Geschenke. Anschließend der Bericht:

Inspektor Haschel eröffnete die Sitzung und wies darauf hin, welche wichtige Bedarfsartikel die Zündhölzer sind. Der heutige Preis von 24 Hellern ist unangemessen hoch. Er legte deshalb der Enquete eine vom Ernährungsministerium ausgearbeitete Kalkulation über den Erzeugungspreis von zehntausend Schachteln Zündhölzchen vor, welcher die Höhe von 1291 Kronen 72 Hellern erreicht. Gegenüber den Einwänden, die Direktor Kruppa der Solo-Fabrik erhob, — dieser Vertreter des Zündholzkapitals überreichte nämlich eine Kalkulation in der Höhe von 1753 Kronen 76 Hellern, — führte Inspektor Haschel aus, daß die Konsumenten nicht dazu da sind, um die Spekulation der Zündholzfabriken, die in der Hoffnung, daß die Holzpreise steigen werden, große Holzvorräte angesammelt haben, zu bezahlen. Die Kalkulation der Zündholzfabriken ist grundsätzlich, was schon beweist, daß diese den Preis eines Kilo Leinens mit 33 Kronen berechnen, während er in Wirklichkeit acht Kronen beträgt.

Herr Dečvarovskij wies darauf hin, daß die Hauptschuld für den hohen Zündholzpreis die Monopolstellung dieser Industrie trage.

Senator Jirasek erklärte, daß die Zündholzindustrie auf Befehl des tschechischen Industriellenverbandes den Arbeitern die Löhne um zwanzig bis dreißig Prozent herabsetzte, ohne aber die Preise dementsprechend zu regulieren. Die Arbeiter können es nicht verstehen, wenn sich bei herabgesetzten Löhnen das Preisniveau nicht senkt.

Ein Buch der Lebensfreude.

Hermann Wendel: „Kreuz und quer durch den slawischen Süden.“ (Frankfurter Societätsdruckerei, Frankfurt a. M.)

Südslawisches Land! Südslawisches Volk! Rätsel schweben um seine Kastanienwälder, die das Geheimnis der Unsterblichkeit in sich bergen, um die rebengekrännten Hänge des kroatischen Unterlandes wie um die felsigen Gipfel des Karst. Rätselhaft und fremd war dem Mitteleuropäer auch das fallengängige, wilde Volk in seinem unbezähmbaren Freiheitsdrang, das zwischen der Drau und dem Schribsa die Pforten des Orients bewacht. Rudolf Hans Bartsch hat zuerst den Zauber slowenischen Landes besungen und von der Verwandtschaft süddeutscher und südslawischer Wesens geschwärmt. Nun ist dem Südslawentum in Hermann Wendel ein Vorkämpfer entstanden. Mit heißer Liebe hängt der deutsche Sozialist Wendel an Land und Leuten im slawischen Süden, deren Geschichte und Literatur — und was wichtiger ist — deren Herzen er wie kein weiterer Deutscher kennt. In der Form von Reisebüchern sagt Wendel, was ihm an persönlichen Eindrücken und allgemeinen Bemerkungen mitteilenswert dünkt. Es ist keine leichte Aufgabe, in dieser Form ein einheitliches Buch zu schreiben; Wendel hat sie gelöst. Vielleicht hat er von Heine, dessen Biograph er ist, gelernt, kunstvollen Zülföpfungen den Eindruck des ungezwungenen im Augenblick aufs Papier geworfenen Wortes zu geben. So erfüllt das Buch Wendels seinen doppelten Zweck, ein „Verführer zum Leben“ zu sein und zweitens „der Verständigung der Völker zu dienen“. Mit ein paar Worten teilt uns Wendel,

Die Grenze zwischen der Tschechoslowakei und Ungarn.

Der Völkerrundrat als Schiedsrichter über das Salgo-Tarjaner Gebiet.

Paris, 31. Jänner. (Savas.) Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung des Völkerrundrates stand u. a. die Frage der Grenzen zwischen der Tschechoslowakei und Ungarn, über welche der Vorsitzende Viviani ein Exposé erstattete. Er fragte die Vertreter der interessierten Staaten, ob sie die guten Dienste des Völkerrundrates annehmen und ob es sich um eine Vermittlung, eine Anempfehlung oder eine Arbitrage des Völkerrundrates handeln solle. Der tschechoslowakische Gesandte Dr. Džuski erörterte den diesbezüglichen Standpunkt der Tschechoslowakei und erinnerte an einige strittige Punkte, deren eventuelle Unterbreitung an den Völkerrundrat die Delimitationskommission in Erwägung gezogen hätte. Rummehr erwiderte lebhaftig als einziger strittiger Punkt das Salgo-Tarjaner Gebiet. Dr. Džuski ersuchte den Völkerrundrat, die Rolle eines Schiedsrichters zu übernehmen. Der Chargé d'affaires Hevesy erklärte namens Maghiens gleichfalls, die Arbitrage des Völkerrundrates anzunehmen. Vorsitzender Viviani stellte hierauf das Einverständnis der beiden interessierten Regierungen fest und erklärte, der Völkerrundrat übernehme die Rolle eines Schiedsrichters. Seine Entscheidung werde obligatorisch sein. Der brasilianische Botschafter in London Da Gama wurde zum Berichterstatter in dieser Angelegenheit gewählt. Vorsitzender Viviani dankte ihm für die Übernahme dieser Aufgabe und teilte mit, daß die militärische Entscheidung über die Grenzen der Tschechoslowakei und Ungarns in der nächsten Sitzung des Völkerrundrates erfolgen werde.

Die Angehörigen des österreichischen Bundesheeres politisch entrechtet.

Wien, 1. Feber. (Sch. B.) Der Kriegsminister Baugoin ordnete gegen die Angehörigen des Bundesheeres, die sich vor kurzem korporativ an der Sitzung beteiligten, in der es zu Kundgebungen gegen die Regierung und speziell gegen den Kriegsminister kam, die Strafuntersuchung an. In dem betreffenden Erlasse heißt es, daß sich die Mitglieder der österreichischen militärischen Körper korporativ in Uniform und mit der Seitenwaffe an öffentlichen Unternehmungen nicht beteiligen dürfen und daß es in der Sitzung zu ersten Kundgebungen gegen den Kriegsminister kam, der der oberste Repräsentant des Bundesheeres ist, was eine Verletzung des militärischen Eides bedeutet und dem Strafgesetze unterliegt.

Helden.

Von Viktor Roack, Berlin.

Wir können uns nicht den Luxus erlauben, uns bei wirtschaftlichen Dingen vom Nationalgefühl leiten zu lassen. Kommerzienrat Haberland.

Eine der größten Berliner demokratischen Tageszeitungen stellt in ihrer illustrierten Beilage (28. Januar 1923) als Titelbild die Verhaftung Thyffens und der Generaldirektoren der Essener Zeinlofenbergwerke, der Bergwerksgesellschaft Dahlbusch und des Essener Bergwertvereins „König Wilhelm“ dar. Unwillkürlich kommt dem Beschauer der Gedanke, ob auch Arbeiter oder Arbeiterführern in gleicher Situation Gelegenheit geboten wurde, sich photographieren zu lassen. Die Aufnahme wird natürlich der politischen Propaganda dienen, deren Tendenz z. B. ein anderes führendes Berliner demokratisches Organ des Handels- und Industriekapitals kennzeichnet, mit der Veröffentlichung eines überauswichtigen Berichtes eines Spezialkorrespondenten über die „Heimfahrt der Hüttendirektoren“ (26. Januar). Danach sind den von den Mainzer Kriegsgerichtshandlungen zurückkehrenden Industrieherrn auf den Stationen Ovationen bereitet worden, wie sie Helden gebühren. Blumensträuße und Kränze, Hochrufe, Ansprachen und Gesänge und viel Gerüchtheit. Mit einem Wort, das „Volk“ gebärdete sich wie berauscht von der nationalen Tat der Helden am Coupespektakel, die mit einer Träne im Auge zu ihren „Brüdern“ sprachen. Augustin Lächeln.

Fraglos erscheint auch bei kühler Nachprüfung das Verhalten der Grubenherren gegenüber den französischen Anfinnen schön und dankenswert, aber ihr Handeln wird doch von den letzten Endes bestimmenden Regungen geleitet, die durch den individuellen und sozialen Charakter der Persönlichkeit gegeben sind. Der individuelle Charakter, der hier in Rede stehenden einzelnen Männer ist uns zu wenig bekannt, um ihn beurteilen zu können; aber ihren sozialen Charakter kennzeichnet der Name Thyffen, nicht als Name der einzelnen Persönlichkeit, vielmehr als Eigenname des prononcierten Klassenstumpfs.

Das rein persönliche Risiko, das diese Männer durch ihre gekürzte Tat auf sich nahmen, vermindert natürlich hinter dem großen Risiko, das Tausende Arbeiter, Anwohner und Weaner auf sich luden, indem sie sich weigerten, zur französisch-kapitalistischen unter von diesen bestellten Bohnen zu arbeiten; denn sie mußten damit rechnen, in das graukne Elend der Arbeitslosigkeit zu versinken und samt ihren Familien dem Hunger, im Falle der Ausweisung auch der Obdachlosigkeit ausgesetzt zu werden. Noch wußten sie nichts von den Anstrengungen der Nation, sie vor Rot zu schützen. Die Thyffen aber wußten voraus, daß ihnen die Franzosen nicht den Hals umdrehen würden, daß sie, was auch kommen sollte, mit

Die ewige Konferenz in Lausanne.

Frankreich droht England mit Sonderverhandlungen.

London, 1. Feber. (M.) Die britische Regierung erhielt vom französischen Ministerpräsidenten Poincaré eine Note, worin angedeutet wird, daß Frankreich sich für den Fall, daß auf der Lausanner Konferenz eine Einigung nicht erzielt werde, das Recht vorbehalte, mit den Türken in separate Verhandlungen zu treten.

Poincarés Telegramm an Kemal.

Angeblieh keine Intrigue gegen England.

Paris, 1. Feber. (Savas.) Auf Grund genauer Informationen bei den kompetentesten französischen Kreisen ist die Agence Havas in der Lage, kategorisch zu erklären, daß das an Mustafa Kemal Pascha gesandte Telegramm keinen der Gedanken enthält, welche ein Pariser Blatt aus dem Telegramme abgeleitet hat. Poincaré erklärt in dem genannten Telegramme im wesentlichen, daß die Verhandlungen in Lausanne in das Endstadium treten und daß jede Verzögerung der Unterfertigung des Friedensvertrages, das so mühevoll vereinbarte Friedenswerk bedrohen würde. Die Alliierten sind sich dessen bewußt, daß sie alles getan haben, um den Türken einen vernünftigen Frieden zu bieten, wobei ihre territoriale Unabhängigkeit, ihre politische Souveränität und ihre finanzielle Integrität bewahrt werden. Die Türkei kann demnach, ohne es zu bedauern, die Bedingungen der Alliierten akzeptieren, auch wenn diese einige mäßige Zugeständnisse für die letzteren enthalten. Die Türkei wird dem eigenen Interesse und der Sache des Friedens dienen, wenn sie so handelt.

Unnachgiebigkeit der Aheimalisten.

Paris, 1. Feber. (Savas.) Der „Matin“ bringt aus Ankara aus britischer Quelle eine Nachricht vom 30. Jänner, nach der sich die große

Nationalversammlung entschlossen hat, Ismet Pascha den Antrag zu erteilen in Lausanne darauf zu beharren, daß die Alliierten den ganzen Nationalpakt annehmen.

Wieder einmal eine „Ärärung“ in Lausanne.

London, 1. Feber. (Savas.) Die Lage des Nahen Ostens klärt sich. Die amtlichen Kreise erklärten gestern abends, daß auf Grund der letzten Lausanner Redungen Hoffnung auf eine baldige praktische Lösung bestehe. Infolge dessen bleibe Lord Curzon bis zu den ersten Tagen der nächsten Woche in Lausanne.

Lausanne, 1. Feber. (Savas.) Die gestern festgestellte Entspannung hielt heute an und die allgemein herrschende Meinung ist die, daß sich die Friedensausichten in den letzten Stunden merklich gebessert haben. Viele glauben sogar, der Friede könne innerhalb sehr kurzer Zeit unterzeichnet werden. (?) In Erwartung dessen ist der heutige Tag der Meerengenkommission gewidmet worden. Die Konferenz ist um 11 Uhr unter dem Vorsitze Lord Curzons und in Anwesenheit Tschischerins unter dem Namen „Meerengenkommission“ zu einer Vollstimmung zusammengetreten.

Die finanziellen Zugeständnisse an die Türken.

Lausanne, 31. Jänner. (Savas.) Der französische Delegierte Pompad hob vor Neberreichung des Friedensvertrages an die Türken die finanziellen Zugeständnisse hervor, welche der Türkei gemacht werden. Die auswärtige Schuld der Türkei würde von 140 Millionen Pfund auf 102 Millionen herabgesetzt. Weiters würde die Türkei von den Kosten für die Okkupation der Alliierten im Betrage von 50 Millionen Pfund sowie von den Pensionen und Forderungen der Alliierten im Betrage von 62 Millionen befreit. Schließlich würde der Reparationsbetrag für die Türkei auf 15 Millionen türkischer Goldpfund herabgesetzt.

Die Grubenkatastrophe in Beuthen.

Berlin, 1. Februar. (Eigenbericht.) Das Grubenunglück in Beuthen ist äußerst folgenschwer. Bis jetzt konnten 116 Tote geordnet werden, 57 werden noch vermißt. 150 Verwundete liegen in den Krankenhäusern. Bis heute Mittag sind die Rettungsarbeiten noch

nicht zur Unglücksstelle vorgedrungen. Vor der Zeche spielten sich herzerreißende Szenen ab. In den Familien der Verunglückten herrscht größte Not, die die Regierung raschestens durch Geldzuweisungen lindern will.

Die faszistische Geuche in Bayern.

München, 1. Feber. Im bayerischen Landtage nahm heute der bayerische Ministerpräsident Dr. von Knilling zu den von der Regierung gegenüber dem Parteitag der Nationalisten getroffenen Maßnahmen Stellung und führte aus, der nationalistische Führer Hitler habe mit Gewalt gedroht und erklärt, daß der Widerstand im Ruhrgebiet in wenigen Wochen zusammenbrechen werde, dann werde man die Nationalisten zur Unterstützung der Regierung brauchen, es werde sich aber niemand mehr zu einer solchen Unterstützung bereit finden. Der Ausnahmezustand sei in Anwesenheit des Führers der bayerischen Reichswehr, des Chefs der Landespolizei, des Münchner Polizeipräsidenten

und der bürgerlichen Landtagspartei ohne Einwirkung der Sozialisten und der Reichsregierung beschlossen worden. Die Regierung anerkenne den vaterländischen Kern der Nationalsozialisten (?), aber die Bewegung habe einen bedenklichen Charakter angenommen. Sie habe sich Ausschreitungen, vornehmlich gegenüber den Vertretern der fremden Staaten zu schänden kommen lassen. Das könne Bayern neue Repressalien einbringen. Der Ausnahmezustand sei nicht für längere Dauer gedacht. Der Feind befände sich am Rhein und im Ruhrgebiet, wo die Arbeiterchaft in schwerem Stampfe stehe. Wer die Einheitsfront gefährde, sei nicht national, auch wenn er „Deutschland über Alles“ singe.

München, 1. Feber. In der Debatte über den Ausnahmezustand im bayerischen Landtage billigten die Vertreter der bürgerlichen Parteien die Haltung der Regierung. Die Sozialdemokraten und die Demokraten verlangten die Aufhebung des Ausnahmezustandes, was abgelehnt wurde. Der Ministerpräsident Dr. von Knilling erklärte aber, daß er „sehr bald“ den Ausnahmezustand aufheben werde. Die Redner der Sozialdemokraten und Demokraten verlangten die sofortige Auflösung der nationalsozialistischen Sturmtruppen. Der Innenminister Dr. Schweyer erklärte, daß sich die Staatsanwaltschaft mit dieser Frage befaße. Der Demokrat Dr. Dier gab bekannt, daß bayerische Nationalistenführer in Berlin gewesen seien, um unter bestimmten Bedingungen der Reichsregierung ihre Unterstützung anzubieten, was aber abgelehnt wurde. Es zeigten sich im öffentlichen Leben bedeutliche wilhelminische Erscheinungen. Ein anderer Demokrat Dr. Müller machte die Regierung auf die faszistische Verfeuchung der Mittelschulen aufmerksam.

Der sozialdemokratische Vizepräsident Erhard Auer stellte fest, daß Offiziere und Wachmeister der Landespolizei in staatlichen Räumen und mit

staatlichen Waffen nationalsozialistische Sturmtruppen im Waffengebrauch unterrichten. Den nationalsozialistischen Parteimitgliedern sei die Infanterieoffiziere zur Verfügung gestellt worden. Es sei bei der Reichswehr und bei der Landespolizei eine Abstimmung darüber vorgenommen worden, ob man gewillt sei, eventuell nicht gegen Hitler vorzugehen.

Der kleine Mussolini wollte keinen Putz.

München, 1. Feber. Der nationalsozialistische Führer Hitler gibt gegen die Bekanntmachung des bayerischen Innenministers Dr. Schwaeyer eine öffentliche Erklärung ab, in der er bestreitet, daß er den Maßnahmen der Regierung Gewalt entgegenzusetzen wolle. Er habe lediglich erklärt, daß ein Vorgehen gegen die radikale nationale Bewegung notwendig zur Befestigung der Regierung führen müsse. Er habe bereits vor längerer Zeit „ehrenwörtlich“ versichert, daß er keinen Putz plane, die Nationalisten seien aber der Teil des deutschen Volkes, der auch heute noch in erster Linie in die Schanzen treten müßte, wenn der Appell an die nationale Opferwilligkeit erfolge.

nert daran, daß nach Beginn des Krieges 1914 die Vertreter der Sprengstoffindustrie der Staaten, deren Kameen bereits im blutigen Ringen miteinander lagen, sich friedlich und scheidlich an den Verhandlungstisch gesetzt haben, um gemeinsam die Ausbeutung der Kriessonjunktur zu beraten. Auch jetzt, vor dem Einmarsch der Franzosen und Belgier ins Ruhrrevier haben die französischen und deutschen Grubenbesitzer miteinander verhandelt. Die Verhandlungen stocden, wie die Presse berichtet, weil die französischen Kapitalisten für sich 50 bis 60 Prozent der deutsch-französischen Grubenlizenzen und -Rufen forderten. Die Franzosen sollen jetzt mit 40-45 Pro-

zent Beteiligung sich begnügen in der Hoffnung, durch Kauf hintenhin doch die Mehrheit zu bekommen. Der „Vorwärts“ vom 28. Januar 1923 teilt mit, daß die Aktienkurse der Unternehmungen im besetzten Gebiete während der letzten Tage sprunghaft um das Drei- bis Vierfache gestiegen sind und die „Welt am Montag“ vom 29. Januar deutet das so, daß nicht nur die kleinen Spekulanten beflissen seien, „den launhaftigen Franzosen und Belgiern was noch einige Zwischengewinne abzulöffeln“, sondern „daß auch Großaktionäre der Versuchung, ihre Anteile zu besonders günstigen Bedingungen abzugeben, erliegen“ könnten.

Schon nach diesen Erwägungen kommen einem Zweifel, ob die aus Mainz heimkehrenden Grubenindustriellen geeignete Objekte für Volksbegeisterung sind. Wäken wir doch nur in die jüngste Vergangenheit zurück. Wo war der Patriotismus der Klasse Thyffen, als Wirth vergeblich um ihre substantielle Unternehmung bat? Sonderbarer Patriotismus, der sich darin ankert, daß man sich fräutet gegen jegliche Eröffnung der Sachwerte, gegen die Vermögensabgabe, gegen jede den Besitz ernsthaft angreifende Steuerpolitik, die doch Frankreich die Waffe aus der Hand geschlagen hätte, die es jetzt Deutschland ins Herz stößt. Vermag doch diese Klasse den besonderen Anforderungen soweit Rechnung zu tragen, daß sie heute ihren Presseorganen erlaubt, den Streit der Arbeiter im Ruhrgebiet zu beubeln und zu fördern. Aber Erfassung der Sachwerte, Vermögensabgabe, Sozialisierung — um Gotteswillen! das wäre der Anfang vom Untergang!

Wie wenig patriotisch kapitalistische Interessen sonst zu handeln pflegen, wie stark ihr nationales Interesse übersättet wird von ihren privatkapitalistischen Interessen, zeigt nicht nur die wilde Gäh der Spekulanten hinter Börsenpöpiern her, sondern auch das Verhalten der Hausbesitzer. Paul Stegemann berichtet in Nr. 1 1923 der „Deutsch-französischen Wirtschaftskorrespondenz“, daß bereits bis September 1922 rund 25 Prozent aller bebauten Hausgrundstücke im Berliner Verwaltungsbezirk Schönberg allein an Ausländer verkauft waren. Diese Patrioten verkaufen dem eigenen Volke den Boden unter den Füßen weg ans Ausland. Kommerzienrat Haberland, Führer der im „Schwabenbund für deutschen Grundbesitz“ organisierten Interessenten sagte laut „Vorwärts“ vom 23. Jänner 1923 in der Delegiertenversammlung dieses Schutzverbandes am 10. Jänner: „Wir können uns nicht den Luxus erlauben, uns bei wirtschaftlichen Dingen vom Nationalgefühl leiten zu lassen.“

Wie aber steht's um die Arbeiterchaft, welche Motive bewegen diese in ihrer heroischen Abwehr des französischen Planes? Fraglos sind die Waffen ergriffen von tiefem nationalen Weh; aber den unwiderstehlich inneren Antrieb, den Aufruch gibt vor allem die absichts vom politischen Nationalismus stehende spontane persönliche Auflehnung gegen die Gewalt, die ihnen durch die französische Besatzung, durch den französischen Imperialismus, letzten Endes eine brennende Schmach empfendet.

Der sprechende Film in Deutschland und Amerika.

Von Dr. Albert Reuburger.

Mit dem sprechenden Film geht es wie mit so vielen anderen großen und bedeutenden Erfindungen: lange Zeit hindurch liegen sie gewissermaßen in der Luft, zahlreiche Erfinder arbeiten an dem Problem, die Lösung will aber nicht glücken. Dann ist sie plötzlich da, und zwar gleichzeitig in mehreren Ländern. So ging es mit der Buchdruckerkunst, mit der Nähmaschine, mit der Schießbaumwolle, mit verschiedenen Arten der elektrischen Beleuchtung, und so ging es schließlich auch mit dem sprechenden Film. Nach langen, fruchtlosen Bemühen taucht er fast gleichzeitig plötzlich in Deutschland sowohl wie in Amerika auf — wer ist nun der wahre Erfinder?

In allgemeinen kann der den Ruhm für sich in Anspruch nehmen, der als Erster seine Patente nahm — beim Telephon handelte es sich im Prioritätsstreit um eine Zeitspanne von zwei Stunden! — bzw. mit seiner Erfindung zuerst an die Öffentlichkeit trat und dessen System Dauerwert genoss. Was zunächst den letzteren Punkt anbetrifft, so versichern Sachverständige, die beide Filme gehört und gesehen haben, daß der deutsche Film in bezug auf Klarheit und Deutlichkeit der Lautwiedergabe weit über dem steht, was Amerika zu bieten hat. Der deutsche Film hat also alle Aussichten, sich gegenüber dem transozeanischen Wettbewerber durchzusetzen. Was aber die Frage der Priorität anbetrifft, so spielt sie hier überhaupt keine Rolle, handelt es sich doch um zwei völlig verschiedene Systeme, deren Verschiedenheit auch die Unterschiede in Bezug auf die Wirklichkeit erklärt. Der Gedankengang der Erfinder ist zwar auf weiten Strecken gleich. In den entscheidenden Punkten aber, überall da, worauf es ankommt, gehen die deutschen Erfinder — es sind deren drei — ihre eigenen Wege. Vor allem ist dies bei einem der wichtigsten Punkte, beim Wiederabetelephon, der Fall. Hier gebrauchen die Amerikaner den alten elektromagnetischen Fernsprecher, dessen Launen ja jedermann vom Gebrauche im täglichen Leben her kennt, und der infolge seiner geringen Fähigkeit, sich den zarten Veränderungen und Schwankungen der hier in Betracht kommenden Impulse anzufügen, in hohem Maße ungeeignet für den vorliegenden Zweck ist. Die deutschen Erfinder hingegen konstruierten ein neues, vollkommen magnetisches Telephon, das auf der Ausnutzung statischer, elektrischer Ladungen beruht, und dem sie daher den Namen „Statophon“ gaben. Dieses

Die Krise in der Textilindustrie.

Eine Umfrage der Union der Textilarbeiter. — Vom 1. Juli bis 31. Dezember 1922 ist die Anzahl der Beschäftigten auf die Hälfte gesunken. — In derselben Zeit 350 Betriebseinstellungen. — 90.421 Textilarbeiter im deutschen Gebiet beziehen die Arbeitslosenunterstützung. — Von 39 Flachspinnereien 27, von 112 Flachsbrechereien 103 außer Betrieb. — Warnsdorf eine tote Stadt.

Obzwar in der Textilbranche in der allerletzten Zeit einzelne Betriebe ihre Produktion in etwas umfangreichem Maße wieder aufgenommen haben, kann dies bei der Beurteilung der Gesamtlage der Textilindustrie dieses Staates nicht in Betracht kommen. Die einzigen größeren Aufträge, an denen gegenwärtig in einzelnen Gebieten und Betrieben gearbeitet wird, sind die Aufträge für Seereslieferungen, im übrigen aber ist der Beschäftigungsgrad noch ebenso gedrückt, wie vor Wochen. Wenn seit Beginn dieses Jahres Betriebseinstellungen nicht mehr in so beträchtlichem Maße erfolgen, wie dies in den Monaten September bis Dezember des vergangenen Jahres Fall war, so ist dies dem Umstand zuzuschreiben, daß die noch laufenden Betriebe ohnehin auf eine sehr geringe Zahl herabgesunken sind, daß aber auch diese mit wenigen Ausnahmen mit stark verkürzter Arbeitszeit und stark herabgesetzter Beschäftigtenzahl arbeiten.

Die Union der Textilarbeiter hat, um den Grad der Beschäftigungslosigkeit festzustellen, eine Umfrage veranstaltet, durch welche die deutschen Gebiete in der tschechoslowakischen Republik erfaßt wurden. In 899 Textilbetrieben waren am 1. Juli 1922 115.169 Arbeiter beschäftigt, während am 31. Dezember 1922 die Arbeiterzahl in diesen 899 Betrieben auf 66.406 zurückging. Neben dem Sinken des Arbeiterstandes macht sich auch die Reduzierung der Arbeitszeit enorm bemerkbar. Die 66.406 Arbeiter hatten am 31. Dezember 1922 nachstehende Arbeitszeit:

1.325 Arbeiter arbeiteten 8 Stunden pro Woche
6.646 " " " 16 " " "
21.389 " " " 24 " " "
13.596 " " " 32 " " "
6.136 " " " 40 " " "
17.315 " " " 48 " " "
66.406 Arbeiter zusammen.

Aus diesen Ziffern ist ersichtlich, daß laut der Umfrage in 899 Betrieben nur 17.315 Vollarbeiter — welche 48 Stunden pro Woche arbeiten — beschäftigt sind. Wenn man die Arbeiter mit einer reduzierten Arbeitszeit von 40 Stunden dazu rechnet, so beträgt die Zahl der Vollarbeiter, welche keine staatliche Unterstützung beziehen, 23.551 obzwar von diesen 6136 nur fünf Tage pro Woche arbeiten.

Mit der Verkürzung der Arbeitszeit hielten auch die Betriebsstilllegungen gleichen Schritt.

Im Monat Juli 1922 wurden 104 Betriebe mit 1841 Arbeitern stillgelegt, August 23 mit 1250, September 78 mit 10.372, Oktober 69 mit 5887, November 42 mit 5163, Dezember 34 mit 4421.

festgehalten. Wie aber verwandelt man Schallschwingungen in elektrische Ströme, deren Stärke sich allen Veränderungen des Schalls auf genaueste anpaßt? Es ist das große Verdienst der genannten drei Herren, hier einem eigenartigen neuen Gedanken zum Siege verholfen zu haben. Keine mechanische Vorrichtung ist mehr vorhanden, aber ein glühender elektrischer Leiter zweiter Klasse" erfüllt die umgebende Luft mit geladenen elektrischen Teilchen, er „ionisiert" sie. Mit Hilfe dieser ionisierten Luft gelingt es in vorzüglicher Weise, die Schallschwingungen in elektrischer Stromimpulse umzuwandeln. Es kommt keine Membran zur Verwendung, wie sie bisher z. B. bei den telephonischen Empfängern gebraucht wurde. Bereits der erste, am 7. Juli 1919 durchgeführte Versuch bedeutete einen durchschlagenden Erfolg. Man gab dem neuen Apparat zur Vermeidung des Schalls in elektrische Ströme den Namen „Kathophon".

zusammen: 350 Betriebe mit 28.934 Arbeitern stillgelegt.

Die angeführten Kurzarbeiter und vollständig Arbeitslosen erhielten zum Teil die Unterstützung durch den Arbeitgeber im sogenannten Refundierungsverfahren ausgezahlt, während der andere Teil dem Arbeitslosenamt überwiesen wurde. Die Arbeitslosenunterstützung wurde durch den Vertrieb an 41.987 Kurzarbeiter und an 8237 vollständig Arbeitslose ausgezahlt. 40.197 vollständig Arbeitslose wurden der staatlichen Arbeitslosenunterstützung überwiesen.

Wenn wir den Beschäftigungsgrad nach den einzelnen Industriezweigen untersuchen, so kommen wir zu dem Ergebnis, daß die Flachindustrie am allerschlechtesten beschäftigt ist. In der Flachindustrie arbeiteten am 1. Juli 1922 10.587 Arbeiter, während am 31. Dezember 1922 nur noch 3711 Arbeiter verkürzt beschäftigt waren. Von 39 Flachspinnereien wurden 27 stillgelegt. Noch schlimmer drückt sich das Verhältnis in der Flachsbrecherei aus, wo von 112 Betrieben 103 stillgelegt wurden und nur noch neun Betriebe weiter arbeiten. Ferner wäre noch zu erwähnen, daß für das Industriegebiet Warnsdorf die allerschlechtesten Konjunktur herrscht. In Warnsdorf sind fast alle Betriebe stillgelegt oder arbeiten vollständig verkürzt. Man kann heute ruhig behaupten, daß Warnsdorf heute eine tote Stadt geworden ist. Allerdings wird die Krise in den anderen Industrien und im Handel in Warnsdorf noch dadurch bedeutend verschärft, weil diese Stadt unmittelbar an der Grenze liegt und von Deutschland von drei Seiten eingeschlossen ist und weil beim Stände der Baluta ein Großteil der Bewohner dieser Stadt ihre Einkünfte in Sachfen besorgt oder durch Schmuggler besorgen läßt.

Diese Ziffern zeigen deutlich, wie groß die Katastrophe in der Textilindustrie ist und wie sehr die gewerkschaftlichen Organisationen unter diesen Umständen leiden. Die Union der Textilarbeiter hat bis zum Jahreshluß für annähernd 30.000 Arbeiter die Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt und wird im Jahre 1923 noch einen größeren Teil ausbezahlen müssen. Dabei droht der Textilarbeiterschaft aus diesen Verhältnissen dauernder Schaden. Ein Teil der Textilindustrie ist aus der tschechoslowakischen Republik nach Ungarn und Polen ausgewandert, wohin ihr die Arbeiterschaft nicht ohne weiteres folgen kann. Das Textilkapital sorgt durch diese Auswanderung dafür, daß ihm sein Mehrwert ungeschmälert bleibt, die Arbeiterschaft verkommt in Hunger und Elend. Was man aber die Zustände noch so grell malen, es ist leider niemand imstande, auf die Regierung im Sinne irgend eines Einschreitens einzuwirken.

Die Stimme schwoll an, entfaltete sich, rollte mit der zermalnenden Gewalt des Donners und schmetterte, da das Echo der Berge sie wiederholte, mit vervielfachten Schlägen auf Nacharus nieder.

„Ich werde schreien wie ein ... wie ein ... wie ein ..."

„Ich werde schreien wie ein ... wie ein ... wie ein ..."

„Ich werde schreien wie ein ... wie ein ... wie ein ..."

„Ich werde schreien wie ein ... wie ein ... wie ein ..."

„Ich werde schreien wie ein ... wie ein ... wie ein ..."

„Ich werde schreien wie ein ... wie ein ... wie ein ..."

„Ich werde schreien wie ein ... wie ein ... wie ein ..."

„Ich werde schreien wie ein ... wie ein ... wie ein ..."

„Ich werde schreien wie ein ... wie ein ... wie ein ..."

entstehenden elektrischen Ströme waren noch sehr schwach. So wurde ein Verstärker eingefügt, der sie um das Tausendfache verstärkte. Nun waren sie kräftig genug, um eine Lampe zu speisen, deren Licht auf den Film konzentriert wurde, wo seine photographische Aufnahme keinerlei Schwierigkeiten mehr machte.

So war eine Hälfte des Problems gelöst, die Fixierung der Schallwellen in Form von stärkeren oder schwächeren Schwärzungen des Filmfreifens. Nun handelte es sich darum, wieder den umgekehrten Weg zu gehen und Licht in Schall umzuwandeln. Auch dies gelang, und hier erfolgte die zweite große Tat, die Verwendung des magnetischen Telephons, des eingangs bereits erwähnten „Statophons". Hell und klar, ohne jede Verzerrung, sich jeder Aenderung der Lippenbewegung aufs feinste anschmiegend, erklingt aus ihm die Sprache, löst aus ihm die Musik der verschiedensten Instrumente, hört man aus ihm die Stimme der Tiere.

Gar viel Sonstiges war noch zu tun: neue Konstruktionen der Aufnahme- und Wiedergabeapparate mußten geschaffen, der Film mußte so umgestaltet werden, daß man auf ihm die Photographie der Tonschwingungen aufnehmen konnte. Es mußte dafür gesorgt werden, daß bei den Aufnahmen störende Geräusche abgehalten wurden, die z. B. von der Straße hereinbringen konnten und die der Film aufs getreulichste aufgenommen hätte. Aber alle diese Fragen wurden gelöst, und heute ist der sprechende Film in einer Stufe der Vollkommenheit zur Tatsache geworden, wie sie bei anderen so jungen Erfindungen nur selten in gleichem Maße zu finden ist.

Der Sinn der Maschine ist: dem Menschen alle maschinenhafte Arbeit abzunehmen, die Seele entlasten. Und nun hat im Gegenteil die Maschine den Menschen selber zur Maschine gemacht. Gibt es ein schlimmeres Mißverständnis!

Eine Leidenschaft ist nur zu besiegen durch eine andere stärkere Leidenschaft. — Ihr Lehrer entzündet doch diese große Flamme, die alle kleineren verschlingt.

Tages-Neuigkeiten.

So war es einst, so ist es heut'. Unter dieser wehmütigen, aber vollauf berechtigten Titel schreibt uns ein Genosse folgendes: „Im Sozialdemokrat" von 26. Jänner stellen Sie unter der Ueberschrift „Viktor Adler für die tschechischen Arbeiter" fest, daß im Jahre 1904 deutsche Sozialdemokraten es waren, die anlässlich einer Entscheidung des Reichsgerichtes, welches den Tschechen in Wien das Recht absperrte, sich in Versammlungen ihrer Muttersprache zu bedienen, auf das schärfste protestierten und für ihr maunhaftes Eintreten mit vier Wochen Arrest bedacht wurden. So haben einst gefällige Richter des alten monarchistischen Oesterreichs der deutschen Reaktion geholfen und deutsche Sozialdemokraten hinter Schloß und Riegel gesteckt. — In Ihrer Nummer vom 25. Jänner brachten Sie unter der Ueberschrift „Uebergriffe der Eisenbahnverwaltung" eine Notiz, wonach Legitimationen unbedingt in der tschechischen Sprache ausgefüllt sein müssen. Zu dieser Notiz können wir nun mitteilen, daß auf der Strecke Pilsen—Eger, den in Pilsen beschäftigten Arbeitern die Legitimationen einfach abgenommen werden und sie für dieses Vergehen, weil sie die Legitimationen deutsch ausgefüllt haben, eine Strafe von 10 K erhalten! Die Scherereien, die sie außerdem noch haben, gar nicht gerechnet. — Früher brauchte man noch einen Richter, heute besorgt das schon jeder Kondukteur! Das ist eben der „Fortschritt" in der

Herodias.

6

Eine geschichtliche Erzählung von Gustav Haupt.

Herodias hörte ihn am andern Ende des Palaftes. Unwiderstehlich angezogen, schritt sie durch die Menge hindurch; und sie lauschte, die eine Hand auf Mannais Schulter, mit borgeneizigem Leibe.

Die Stimme erhob sich: „Wehe euch, Pharisäer und Sadduzäer, ihr Otterngezüchte, aufgeblähte Zersäuche, klingende Schellen!"

Man hatte Johannes erkannt. Sein Name ging von Mund zu Mund. Noch andere liefen herzu.

„Wehe dir, o Volk! und den Verrätern Judas, den Trunksüßern von Ephraim, ihnen, die da wohnen im fetten Tal und die des Weines Dünste taumeln lassen!"

Sie sollen zunichte werden wie das Wasser, das verrinnt, wie die Schnecke, die im Hinfrieren zerbricht, wie die Leibesfrucht eines Weibes, das die Sonne nicht sieht.

Du wirst, Moab, stöhnen müssen in die Zypressen wie die Sperlinge, in die Höhlen wie die Springmäuse. Die Tore der Festungen wird man schneller zerbrechen als Nuschdosen, die Mauern werden einwärts sinken, die Städte in Flammen stehen, und der Dreischlegel des Ewigigen nicht mehr innehalten. Er wird eure Glieder um und um wenden in euerm Blute wie Wolle in eines Färbers Rufe. Er wird euch zerreißen wie eine neue Egge; er wird über die Berge streuen alle die Stinde eures Fleisches!"

Von was für einem Eroberer sprach er? War es Vitellius? Nur von den Römern war eine solche Verwüstung zu erwarten. Man stieß Klagen aus: „Genug! genug! er soll aufhören!"

Er fuhr fort, noch lauter:

„Reben den Leichnamen ihrer Mütter werden sich die kleinen Kinder in der Asche wälzen. Man wird in der Nacht ausgehen, und in den Trümmern die Schakale werden auf den öffentlichen Plätzen, wo abends die Greife phäubernd beisammen sitzen, von abgenagten Gebeinen aufbrechen. Deine Jungfrauen werden unter erstikten Tränen die Fingerringe bei den Festen des Fremden, und deine tapfersten Söhne werden ihr Rückgrat beugen, wund geschauert von zu schweren Lasten."

Das Volk dachte an die Tage seiner Verbannung, an alle Wechselfälle seiner Geschichte. Es waren die Worte der alten Propheten. Johannes ließ sie niederfallen wie wuchtige Steine, eins nach dem andern.

Aber die Stimme wurde milde, wohlklingend, singend. Er verkündigte eine Befreiung, Lichtglanz am Himmel, das Neugeborene, das einen Arm in die Höhle des Drachen streckte, Gold an Stelle von Ton, die Wüste, die aufstöhn sollte wie eine Kofe: „Was jetzt lechzig Skifaren wert ist, wird nicht einen Obolus kosten. Quellen von Milch werden den Felsen entströmen voll gesättigt wird man sich schlafen legen in den Kel' ru! Wau wirst du kommen, du, den ich erwarte? Wahrlich, alle Völker werden niederfallen, und dein Reich wird ewig sein, Sohn Davids!"

Der Tetrarch fuhr zurück: Daß es einen Sprossen Davids geben sollte, wirkte auf ihn wie eine schimpfliche Drohung.

Johannes schmähte ihn ob seines Königtums — „Es gibt keinen König außer dem Ewigigen!" — ob seiner Gärten, seiner Bildwerke, seiner Hausgeräte aus Eisenbein als ruchlosen Hab!

Antipas zerriß die Schnur des Siegels, das ihm vor der Brust hing, und warf sie in die Grube und gebot ihm Schweigen.

Die Stimme antwortete:

„Ich werde schreien wie ein ... wie ein ... wie ein ..."

„Ich werde schreien wie ein ... wie ein ... wie ein ..."

„Ich werde schreien wie ein ... wie ein ... wie ein ..."

„Ich werde schreien wie ein ... wie ein ... wie ein ..."

„Ich werde schreien wie ein ... wie ein ... wie ein ..."

„Ich werde schreien wie ein ... wie ein ... wie ein ..."

„Ich werde schreien wie ein ... wie ein ... wie ein ..."

„Ich werde schreien wie ein ... wie ein ... wie ein ..."

„Ich werde schreien wie ein ... wie ein ... wie ein ..."

„Ich werde schreien wie ein ... wie ein ... wie ein ..."

„Ich werde schreien wie ein ... wie ein ... wie ein ..."

„Ich werde schreien wie ein ... wie ein ... wie ein ..."

„Ich werde schreien wie ein ... wie ein ... wie ein ..."

„Ich werde schreien wie ein ... wie ein ... wie ein ..."

„Ich werde schreien wie ein ... wie ein ... wie ein ..."

„Ich werde schreien wie ein ... wie ein ... wie ein ..."

„Ich werde schreien wie ein ... wie ein ... wie ein ..."

Die Stimme schwoll an, entfaltete sich, rollte mit der zermalnenden Gewalt des Donners und schmetterte, da das Echo der Berge sie wiederholte, mit vervielfachten Schlägen auf Nacharus nieder.

„Wirf dich hin in den Staub, Tochter Babylon! Wagle Korn! Tu ab deinen Gürtel, zieh deinen Schuh aus, schürze dich, durchschreite die Flüsse! Deine Schande wird aufgedeckt, deine Schmach offenbar werden! Dein Schluchzen wird dir die Zähne brechen! Der Ewigige verabscheut den Stank deiner Verbrennen! Fluch dir! Fluch dir! Verrecke wie eine Hündin!"

Die Falltür wurde geschlossen, der Deckel zugeworfen. Mannai wollte Johannes erwürgen. Herodias verschwand. Die Pharisäer taten entrüstet. Antipas, der in ihrer Mitte stand, rechtsfertigte sich.

„Ohne Zweifel," nahm Eleazar die Rede auf, „muß man das Weib des Bruders ehelichen, aber Herodias war nicht Witwe, und außerdem hatte sie ein Kind; das machte den Gravel voll."

„Nicht so! nicht so," warf der Sadduzäer Jonathan ein, „das Gesetz verurteilt diese Ehe, verbietet sie aber nicht vollständig."

„Jedenfalls ist man gegen mich sehr unge-recht!" sagte Antipas. „Hat denn nicht Abolom die Weiber seines Vaters beschlafen, Juda seine Schnur, Ammon seine Schwester, Lot seine Tochter?"

In diesem Augenblicke tauchte Kulus, der eben gerührt hatte, wieder auf. Als er erfahren hatte, warum es sich handelte, stimmte er dem Tetrarchen bei. Wegen dergleichen Dummheiten dürfe man sich keine Sorgen machen; und er lachte weidlich über die Bedenken der Priester und über die Raserei Johannes.

(Fortsetzung folgt.)

demokratischen Tschechoslowakei, daß hier unter der Mitwirkung oder durch Duldung der tschechischen Sozialdemokraten deutsche Arbeiter bis zur Verzweiflung seziert werden. Die tschechischen Sozialdemokraten regieren eben und haben das Prestigieren schon verlernt. Was würden auch sonst ihre Freunde in der Koalition dazu sagen? Sind es ja doch in 95 Prozent Fällen nur — deutsche Arbeiter. Zur Ehre der tschechischen Arbeiter in Pilsen muß aber festgestellt werden, daß sie sich in den oben erwähnten Fällen der deutschen Arbeiter angenommen haben. Und das berechtigt zu der Hoffnung, daß vielleicht die Regierenden von heute nicht mehr die Regierenden von morgen sind. — Wir haben der scharfen, aber völlig berechtigten Kritik, die dieser Genosse an die geschickte, empörende Tatsache knüpft, nichts hinzuzufügen.

Allelei Interessantes aus der kommunistischen Händlichkeit. Der Reichsleiter „Vorwärts“ veröffentlichte gestern den Tätigkeitsbericht des kommunistischen Frauenreichssekretariats. Am Schlusse dieses Berichtes findet sich folgende löbliche Stelle: Wir müssen vielmehr die Widerstände der Männer bekämpfen, die in ihrer reaktionären und Kleinbürgerlichen Anschauung uns viele Unannehmlichkeiten bereiten, und verlangen deshalb, daß die einschlägigen Genossenschaften die Organisierung der Frauen zu propagieren suchen, damit diejenigen, die dafür kein Verständnis zeigen, von der Notwendigkeit der Frauenbewegung überzeugt werden.“

Hat denn der „Vorwärts“ gar nicht die Ehrfurcht gespürt, die er sich da selber aneignet hat? Bis vor kurzen haben sie täglich die Weltrevolution für den nächsten Tag angekündigt und jetzt? — müssen sie innerhalb der eigenen Partei erst Aufklärung über die Notwendigkeit der Frauenbewegung verbreiten. Und müssen sich von den Frauen dazu stoßen lassen, von denen sie die Arbeiterrevolutionäre, als Reaktionsäre und Kleinbürger bezeichnet werden! Na, höher geht der Hohn nimmer, mit dem sich der „Vorwärts“ selber bedeckt.

Ein Hirtenbrief gegen die Feuerbestattung. Der Wiener Erzbischof hat einen fasten-hirtenbrief erlassen, der sich im wesentlichen mit dem Wiener Krematorium beschäftigt. Es wird darin die Verbrennung der Leichen als eine „heidnische Sitte“ erklärt, die jetzt von den „Religions- und Kirchenfeinden“ propagiert werde. Hinter dem Verlangen nach der Leichenverbrennung verbirgt sich nur der „Haß des modernen Heidentums gegen die christliche Glaubenslehre und der eitle Wahn, den Glauben an die Auferstehung und an ein Jenseits in den Herzen der Gläubigen durch die gewalttätige Zerstörung des christlichen Leibes zu erschüttern. Deshalb ist die katholische Kirche gegen die Leichenverbrennung und sie weiß sich darin eins mit den altsächsischen Protestanten und Juden.“ Der „christliche Leib“, um dessen Erhaltung sich der Erzbischof so beunruhigt zeigt, wird freilich auch in der Erde „gewollt“ verbrannt, nur nicht, wie durch Feuer, in holländischer und reinlicher Weise, sondern durch die offen flammende der Hölle, durch Moden und Wärmern. Doch die katholische Kirche so sehr bemüht ist, den dunklen Erdbewohnern ihren Trost zu sichern, erklärt sich aus der achseln Seelenmerkwürdigkeit mit allem, was wohnt und im Äußeren lebt, aber auch der erhabene Dünkel steht dahinter, die fromme Herde mit allen Mühen fest in der Hand zu behalten, und dazu gehört vor allem das gewisse Gewissen, mit welchem die Menschen den Tingen des Todes gegenüberstehen. Dieses Welterkenntnis zerfließen, heißt den Nährboden für Aberglauben und tierische Kaitation abbauen, und deshalb erblickt die Kirche jeder Konzeption in der Feuerbestattung einen gefährlichen Feind.

Die Union der Völkerbundigen und die Ereignisse im Ruhrgebiet. Die deutsche Völkerbundliga in der tschechoslowakischen Republik teilt mit: Das Generalsekretariat der Union der Völkerbundigen fordert die einzelnen Ligen auf, zu den Ereignissen im Ruhrgebiet Stellung zu nehmen. Bisher haben sich zwei Ligen geäußert. Die französische Liga hat, „ohne die Wichtigkeit der französischen Interpretation des Friedensvertrages von Versailles zu bestreiten“, kurz und bündig den Wunsch ausgesprochen, es möge die Lösung des Problems der Reparationen und der interalliierten Schulden auf den Völkerbund übertragen werden. In einer längeren Resolution weist hingegen die Schweizer Liga auf die durch den deutsch-französischen Gegensatz entstandene Unsicherheit der politischen Gesamtlage hin, die geeignet ist, allen Völkern neue und fürchtbare Opfer aufzubürden und spricht ihre Meinung dahin aus, daß der deutsch-französische Gegensatz imstande ist, den Weltfrieden einer neuen Gefahr auszusetzen; sie fordert den Schweizer Bundesrat auf, beim Völkerbundrat einzuschreiten und ihn an die ungeheuerliche Verantwortlichkeit zu erinnern, die gegenwärtig, wie nie vorher auf ihn lastet.

Mulige Assentierungen in Ungarn. Die polnische Regierung hat in den ungarischen Gebieten Ungarns die Assentierung der Jahrgänge 1900 und 1901 angeordnet. Die gesamte ungarische Bevölkerung protestiert energisch gegen diese Assentierungen, da die Frage der Zugehörigkeit der Westukraine, wie die Ukrainer Ungarn nennen, nach ihrer Ansicht noch lange nicht entscheidend ist. Von einigen tausend Assentierten sind am Einrückungstage bloß 18 Mann eingedrückt. Die polnischen Behörden versuchen nun die Einrückungspflichtigen durch Waffengewalt einzulieken, wobei es zu blutigen Zusammenstößen mit der ukrainischen Bevölkerung gekommen ist. In einer ukrainischen Ortschaft wurde eine 60 Mann starke polnische Abteilung von der Bevölkerung vollständig ver-

nichtet. Auch in anderen Orten Ungarns kam es zu stundenlang währenden blutigen Kämpfen, wobei die Polen schwere Verluste erlitten.

Die antijüdischen Unruhen an den rumänischen Universitäten. Aus Bukarest meldet das Tsch. P. B.: Die Studentunruhen, welche sich schon seit anfangs Dezember an den rumänischen Universitäten zeigten, und die Einstellung der Vorlesungen für einige Wochen zur Folge hatten, sind bei der Wiederaufnahme der Vorlesungen in Bukarest abermals zum Ausbruch gekommen. Das Unterrichtsministerium hat daher die Schließung der ärztlichen Fakultät angeordnet. Die studentische Agitation hat aber nicht aufgehört. Die christliche Studentenschaft beharrt auf dem numerus clausus und den jüdischen Studenten wird der Zutritt zu den Vorlesungen verweigert. Gestern kam es zwischen jüdischen und christlichen Studenten zu einem Zusammenstoß, wobei einige Personen verletzt wurden. Die Ausschreitungen haben eine ziemlich heftige Erregung unter der jüdischen Kaufmannschaft hervorgerufen, welche in der Annahme, daß es sich um antijüdische Unruhen handelt, in den Hauptstraßen ihre Geschäfte sperren. Auch an der Börse wurde die Geschäftstätigkeit unterbrochen. Im Parlament wurde eine Interpellation eingebracht, welche energische Maßnahmen der Regierung fordert. Der Senat hat beschlossen, die Universität auf acht Tage zu schließen. Es scheint, daß die Studentenschaft zu den Unruhen einerseits durch ausländische Elemente, andererseits auch durch gewisse inländische Kreise, welche an der antijüdischen Bewegung ein Interesse haben, angehebt ist.

Die Wiener Kofainomanie. Nicht nur in Paris, — worüber wir vor kurzen berichteten — sondern auch in Wien herrscht eine wahre Kofainomanie und die Kofainkäufer bezahlen dort geradezu jabelhafte Preise für ganz geringe Kofainmengen. So hat der Expedient Mühlauer bei einer Drogerie für ein Viertelogramm Kofain 8.700.000 Kronen bezahlt. In einem anderen Falle wurden für 2,5 Milliar. Kofain über 23 Millionen gezahlt. Das Kofain wird in vielen Kaffeehäusern und Nachtlokalen gehandelt, wo man für ein Gramm dieses Giftes 60.000 Kronen bezahlt. Der Wiener Polizei ist es gelungen, einer ganzen Gesellschaft auf die Spur zu kommen, die sich mit Kofainhandel befaßt und dabei unerhörte Gewinne erzielt hat. Die Polizei beschlagnahmte auch große Mengen dieses Giftstoffes.

Der Beamtenabbau in Oesterreich. Aus Wien wird uns unter dem 1. Feber berichtet: In der Frage der Beschränkung der Abzugsgrenze ist es in den heutigen Parteisprechungen, denen auch Mitglieder der Organisationen beigegeben waren, zu einer Einigung gekommen, die im Wesentlichen der Drohung der Eisenbahner mit dem Streike zu danken ist. Die Vereinbarung geht im Wesentlichen dahin, daß die Vertretung der Organisationen aufrecht bleibt. Es soll allerdings außer den freigebergesellschaftlichen Organisationen auch die bürgerlichen zugezogen werden. Infolgedessen wurde der heutige außerordentliche Kabinettsrat auf morgen vertagt, damit inzwischen die endgültige Formulierung der Vereinbarung getroffen werde. Dagegen ist es in der Frage der Arbeitslosenunterstützung bis jetzt noch zu keinem Ergebnis gekommen; die Verhandlungen dauern nämlich heute abends noch fort.

Zu den Assentierungen 1923 teilt das Ministerium für nationale Verteidigung mit: Die Assentpflichtigen haben sich zur Assentierung in jenem Assentorte einzufinden, in dessen Bereiche die Gemeinde liegt, in der sie zur Zeit der Anlegung des Verzeichnisses der Stellungspflichtigen, d. i. im Oktober des verflochtenen Jahres ihren ständigen Wohnort hatten. Falls ein Stellungspflichtiger nach seiner Anmeldung zur Assentierung als Stellungspflichtiger seinen Wohnort verändere, so kann er bei der städtischen Behörde 1. Instanz (polit. Bezirksverwaltung, in der Slowakei und in Karpathenland beim Bezirks- (Stuhlschreiber-) Amt), in deren Bereich er sich zur Zeit der Anlegung der Verzeichnisse der Stellungspflichtigen aufgehalten hat, um die Bewilligung ansuchen, daß er sich zur Assentierung in jenem Orte einfinden darf, in dessen Bereich sein nunmehriger Wohnort liegt. Die Angehörigkeit zu einem Assentorte hat somit mit der Heimatzuländigkeit nichts zu tun. Uebrigens erhalten alle Assentpflichtigen Vorladungen zur Assentierung, welchen unbedingt Folge zu leisten ist. Falls ein Assentpflichtiger die Beschränkung zur Assentierung nicht erhält, ist er verpflichtet, sich zur Assentierung gemäß der Kundmachung einzufinden. Wenn, wo und für welche Assentpflichtigen die Assentkommis-sionen anzuhandeln, wird mit Kundmachungen verlautbart.

Legionärsinvaliden. Nach dem Jahresberichte der Legionärskommune gibt es 8298 invalide Legionäre. Davon sind 2923 Verletzte, 1840 Tuberkulose, 2152 Erkrankte, 341 Halbblinde, 8 Blinde, 421 Geschwarte, 105 Abgemattete, 252 Geisteskranke, ein Aussüßter ohne beide Hände, zwei Aussüßter ohne rechte Hand und rechten Fuß, drei ohne beide Füße, 17 ohne rechte Hände, 18 ohne linke Hände, 37 ohne rechte Füße und 45 ohne linken Fuß.

Wegen „antijüdischer Wirksamkeit“ suspendiert. In Ledes wurden zwei Lehrer der dortigen Schule, wie der Wiener „Gesetzblatt“ meldet, infolge ihrer „antijüdischen Wirksamkeit“ suspendiert.

Massenvergiftungen durch Genuß von Ferkelstisch. Wie aus Berlin gemeldet wird, sind in Freienwalde a. O. Ober über zwei hundert Personen nach dem Genuß von Ferkelstisch an schweren Vergiftungsercheinungen erkrankt. Fünf Personen, darunter drei Kinder, sind bereits gestorben. Die Toten wurden nach Berlin gebracht, um

hier eingehend untersucht zu werden, da in Freienwalde das Gerücht umgeht, ein Herdendiebler habe das Fleisch milchkranker Pferde verarbeitet.

Flugverbindung Paris-Brag-Beograd. Die Belgrader Regierung hat dem Vertrag über die Errichtung einer ständigen Luftverbindung zwischen Paris und Beograd über Brag zugestimmt. Diese Flugverbindung wird von der Franco-rumänischen Gesellschaft durchgeführt werden. Die Flugzeuge werden in beiden Richtungen während der ersten drei Monate jeden zweiten Tag verkehren. Später soll der Flugverkehr täglich stattfinden. Jugoslawien wird der Franco-rumänischen Gesellschaft jährlich zwei Millionen Dinar zahlen. Die für diese Flüge verwendeten Flugzeuge werden 100 Kilogr. Post und fünf Reisende aufnehmen können. Die Reise von Paris nach Beograd dauert angeblich nur zwölf Stunden.

Das Schicksal eines armen Studenten. Auf dem Marktplatz in Prag-Neustadt wurde gestern nachts der kroatische Student Josef Obrmann mit schweren Schnittwunden an der linken Hand aufgehoben. Obrmann hatte sich diese Wunden mit einem Rasiermesser beigebracht, da er obdachlos war und keine Mittel zur Fortsetzung seiner Studien hatte. Er wurde ins Allgemeine Krankenhaus gebracht.

Eine Geige aus Jüdischitzern. In der Gemeinde Jilova bei Prag hat nach einer Meldung des „Nude Prava“ ein Gemeindevorstand eine Geige angefertigt, die in allen ihren Teilen aus Jüdischitzern zusammengesetzt ist. Diese Geige soll nach dem Urteil von Sachverständigen einen durchaus melodischen Klang haben.

Neue Münz- und Zehnellerstücke. Die Ausgabe der neuen Zehnellerstücke, deren Frägung bereits in vollem Gange ist, soll in ungefähr sechs Wochen erfolgen. Mit der Frägung der Fünfellerstücke wird dieser Tage begonnen werden.

Selbstmordversuch. Der Prager Bankdirektor Rudolf B. hat dieser Tage in Wien einen Selbstmordversuch begangen. Er begab sich von einer Kieren-Deifanstalt, in der er derzeit weilt, zur Westbahnstation Hütteldorf und warf sich einem heranvordenden Zug entgegen. Die Lokomotive schlenkerte ihn jedoch zur Seite, so daß ihm nur die rechte Hand unter die Räder geriet, die ihm vollständig abgetrennt wurde.

Eine betrügerische Firma. Die Geschäftsteile Rudolf Winkler und Karl Spava aus Prag-Raste bestellten vor einiger Zeit bei verschiedenen Firmen um 350.000 K Waren. Am 27. Jänner erklärten sie diesen Firmen, daß ihr Geschäft mit 350.000 K passiv sei und daß sie einen Prozentsigen Ausgleich anbieten. Eine Hausdurchsuhung ergab jedoch, daß bei Winkler noch alle gelieferten Waren aufgelistet sind. Die beiden Geschäftsteile wurden dem Gerichte eingeliefert.

Eine Zusammenrottung. In der „Grube“ in Prag-Neustadt kam es gestern nachts zu einer Zusammenrottung von jungen Burshen und herumstreichenden Frauen, die die Anlagen der Firma Koval einzuschlagen begannen. Ein Wachmann ermahnte die Mordstreichenden zur Ruhe, wobei sich der Beamte Wladislaw Polak gegen den Polizeijäger reutent benahm und ihm einen Fausthieb auf den Kopf versetzte. Polak wurde verhaftet. Wegen Einmischung in die Amtshandlung wurde weiter gegen eine gewisse Wilens Kozvod die Strafanzeige erstattet.

Kleine Chronik.

Die Fortschritte auf dem Gebiete der Mathematik. Die Mathematik ist eine jener Wissenschaften, die sich trotz ihrer großen Bedeutung im Zeitalter der Technik nicht allzu viele Freunde erworben hat. In vielen Schulen wird Mathematik noch in der alt hergebrachten, wahlenden, unglücklich langweiligen Form gelehrt und leider nur zu oft wird der Beginn der Stunde mit Grauen und ihr Ende mit Sehnsucht erwartet. So kommt es, daß Tausende und aber Tausende allen Dingen, die mathematisches Denken erfordern, hilflos gegenüberstehen. Aber auch der in dieser Wissenschaft nicht glänzlich Unbewanderte mag es genug nicht die Mittel aus, die eine Erleichterung in der praktischen Anwendung der Mathematik mit sich bringen. Schon die Logarithmentafeln stellen eine wesentliche Erleichterung des Multiplizieren, Dividierens und Potenzierens. Darüber hinaus aber vereinfacht der Rechenchieber das mechanische und technische Rechnen. Fast alle Rechnungsarten lassen sich mit diesem sinnreichen Instrument erledigen, ohne daß es nötig wäre, Zwischenergebnisse der Rechnung abzulesen. Jeder Gebrauch von Tabellen, Logarithmen und Rechenchieber bringt Zeit- und Kostenparnis mit sich.

Amerikanische „Arbeitswochen“. Die amerikanische „Gesellschaft für Arbeitsbeschäftigung“, die jetzt bereits auf ein zehnjähriges Bestehen zurückblicken kann, hat sich die Aufgabe gestellt, Kenntnisse zu verbreiten von den Symptomen, der Diagnose, der Behandlung und Verhütung der Arbeitskrankheit, die Bedingungen zu erschaffen, unter denen die Krankheit gefunden wird, und soviel wie möglich statistisches Material zusammenzutragen. Diese Gesellschaft veranstaltet alljährlich eine besondere „Arbeitswoche“, in der mit allen verfügbaren Kräften unter Mitwirkung aller amerikanischen Kräfte Aufklärung über die furchtbare Krankheit ins Volk getragen wird. Die letzte „Arbeitswoche“, die im November 1922 stattfand, hat, wie Emil Simon in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ berichtet, besonders große Erfolge aufzuweisen gehabt, und man hofft, wenn diese Propaganda noch einige Jahre fortgesetzt wird, fast nur noch frühe Fälle zu Gesicht zu bekommen und so der Krankheit Dert zu werden.

Eine „japanische Gefahr“ für die Hawaii-Inseln. New Yorker Blätter bringen lange Berichte, in denen auf die Zunahme des japanischen Einflusses auf den Hawaii-Inseln im Stillen Ozean auf-

merksam gemacht wird. Die Nachrichten gehen auf die Beobachtungen einer Kommission zurück, die vom Washingtoner Arbeitsamt über die Arbeiterverhältnisse auf den zu den Vereinigten Staaten gehörigen Inseln gemacht wurden. Danach beherrschen die Japaner die Insel mehr und mehr und wissen das Verbot der Einwanderung geschickt zu umgehen. Die Neuanfömmlinge aus dem Reich des Mikado werden nämlich in großem Umfange von den bereits auf Hawaii wohnenden Japanern als Kinder adoptiert, und die Frauen erscheinen als sogenannte „Hilfsbräute“. So nennt man nämlich Frauen, denen die Einreise in die Vereinigten Staaten auf Grund einer Photographie erlaubt wird, die ein Mann als das Bild seiner Frau vorweist. Da die Japaner sich überaus rasch vermehren, so wird behauptet, daß sie schon jetzt die Hawaii-Inseln „zahlenmäßig politisch und wirtschaftlich“ unter ihre Einflusssphäre gebracht haben.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

„Eine irreführte Politik“.

John Maynard Keynes gegen die Finanzpolitik der Tschechoslowakei

In der Zeitschrift „Der Wiederaufbau in Europa“, welche in deutscher, englischer, französischer, italienischer und spanischer Sprache erscheint und deren Hauptredaktion in den Händen von John Maynard Keynes, dem berühmten englischen Nationalökonom und Kritiker des Friedensvertrages ist, findet sich ein Artikel über die Stabilisierung der europäischen Devisenkurse, in welchem er unter anderem mit überzeugenden Worten und der ihm eigenen formvollendeten Schreibweise die Nachteile der Deflation andeinerdeutigt. Dabei äußert er sich über die Finanzpolitik der Tschechoslowakei in der nachstehenden Weise:

„Ein Land, und zwar die Tschechoslowakei, hat in einem bescheidenen aber genügenden Maß dieses Experiment durchgeführt. Von der Last der inneren Schuld ziemlich frei und auch ohne ein nennenswertes Budgetdefizit war die Tschechoslowakei in der Lage, in Verfolgung der Politik ihres Finanzministers Dr. Kasin, durch die Entzüge gewisser Steuern, die ihr Kredit in London und New York aufzunehmen ermöglichte, den Wechselkurs der tschechischen Krone auf das Doppelte des Niveaus zu erhöhen, das mir vor acht Monaten in Anbetracht der damaligen Umstände entsprechend schien, um die Krone vorläufig zu stabilisieren. Infolge der Schnelligkeit, mit der es unter den erwünschten günstigen Bedingungen möglich war, die Besserung durchzuführen, hat das Land nicht so sehr gelitten, als wenn die Veränderung sich langsamer und in einem größeren Zeitraum vollzogen hätte. Sie hat jedoch dem Lande eine industrielle Krise und eine erschöpfte Arbeitslosigkeit gefostet. Welcher Zweck wurde damit erreicht? Selbst jetzt ist die tschechische Krone nur ein Sechstel ihrer Vorkriegsparität wert, und sie bleibt instabilisiert und schwankend unter dem Ansturm der Jahreszeiten und dem Winde der Politik. Soll daher der Prozeß der Wertsteigerungen bis in alle Ewigkeiten fortgesetzt werden? Und wenn dies nicht der Fall sein soll, bis zu welchem Punkte soll die Stabilisierung durchgeführt werden? In der Zwischenzeit wurden die ausländischen Mittel, die man in den letzten sechs Monaten zu einer endgültigen Stabilisierung hätte verwenden können, angetastet, und es wird nicht leicht sein, sie anzufüllen. Die Tschechoslowakei ist besser als jedes andere Land in Europa dazu geeignet, ihr Wirtschaftslieben auf die Basis einer gesunden und festen Führung zu stellen, ihre Finanzen sind im Gleichgewicht, ihr Kredit ist gut, ihre ausländischen Mittel angemessen und von seiner Seite kann man ihr Vorwürfe für die Entwertung der Krone machen, die nicht durch ihre Schuld ruiniert wurde und ihr als Erbdiast der Habsburger Monarchie zuziel. In Verfolgung einer irreführten Politik im Sinne einer unbesonnenen Tugend hat sie den Stillstand ihrer Industrie und eine noch immer schwankende Währungseinheit vorgezogen.“

Konsumgenossenschaftliche Eigenproduktion.

Ein Markstein auf dem Wege zu den proletarischen Zielen der Genossenschaftsbewegung ist der Uebergang zur Eigenproduktion. Ueber den Zwischengewinn des Detaillisten, über den Zwischengewinn des Großisten hinaus wird auch der Unternehmengewinn der individuellen Aneignung entzogen und der Gesamtheit der organisierten Verbraucher nutzbar gemacht. Die auf dem Konsumvereinswesen aufgebaute genossenschaftliche Eigenzeugung hat aber auch ihren tiefen gemeinwirtschaftlichen Sinn.

Das Wesen der kapitalistischen Wirtschaftsweise ist die Anarchie in der Produktion. Die Fabrikanten produzieren regellos nebeneinander und gegeneinander. Erst für die schon erzeugte Ware wird der Absatz gesucht. Die Folge sind hitzige Kämpfe um den Absatz — einer der wichtigsten Kämpfe um den Absatz war der Weltkrieg — die Folge sind die berüchtigten Produktionskrisen mit ihrer Ueberproduktion, Unterkonsumtion und Arbeitslosigkeit. Ganz anders die Konsumgenossenschaftliche Güterherstellung. Der Konsumverein organisiert nicht bloß die Kaufkraft der Verbraucher, er organisiert auch den Bedarf. Der wirkliche und notwendige Bedarf der organisierten Verbraucher, der durch die Mitgliederzahl streng errechenbar und von vornherein gesicherte Absatz ist die Grundlage des

Uebergang zum Eigenbetriebe. Nur was ge- braucht wird, wird erzeugt. So wird aber auch alles, was erzeugt wird, abgesetzt.

Das ist die gemeinwirtschaftliche, die sozialistische Funktion der konsumgenossenschaftlichen Eigenproduktion, die schon heute, bevor noch der politische Kampf der Arbeiterklasse seine unvermeidbaren proletarischen Ziele verwickelt hat, der kapitalistischen Produktionsanarchie die Planmäßigkeit einer auf dem organisierten Bedarf aufgebauten Gütererzeugung entgegensetzt.

Der sozialistische Charakter der genossenschaftlichen Wirtschaft macht die Genossenschaftsbewegung zur wirtschaftlichen und organisatorischen Grundlage für jede Sozialisierung.

Nach alle Sozialisierungspläne (Otto Bauer, Otto Neurath, Walter Rathenau usw.) weisen dem Genossenschaftswesen eine wichtige Stelle in ihren wirtschaftspolitischen Vorarbeiten an, sei es, daß die Genossenschaften ausdrücklich in die betreffenden Sozialisierungspläne aufgenommen werden, sei es, daß sich die Genossenschaften in diese Systeme organisch und notwendig eingliedern lassen.

Auch in Sowjetrußland sind die Genossenschaften bedeutungsvolle Elemente der Sozialisierung geworden. Konsumgenossenschaften und Produktionsgenossenschaften werden in den wachsenden Ubofen der russischen Wirtschaftspolitik zu immer wichtigeren Trägern der sozialistischen Gütererzeugung und Güterverteilung.

Die Arbeiterchaft hat das größte Interesse daran, insbesondere das Konsumgenossenschaftswesen auf das kräftigste zu fördern. Die wichtigste Unterstützung besteht darin, daß die proletarische Hausfrau den ganzen Bedarf des Haushaltes im Konsumvereine deckt, insbesondere aber vor allem die Konsumgenossenschaftlichen Eigenprodukte verlangt.

Ueber den Stand der konsumgenossenschaftlichen Eigenproduktion der deutschen Genossenschaftsbewegung in der Tschechoslowakei soll in einem nächsten Aufsatz gesprochen werden.

Der Vertragsabschluss für die Znaimer Lederfabriken ein Erfolg für die Arbeiterchaft. Am 31. Oktober des Vorjahres fanden für die Znaimer Lederfabriken die Lohnverhandlungen statt, bei welchen die Unternehmer einen 30prozentigen Lohnabbau forderten. Bei diesen Verhandlungen kam ein Vertrag unter folgendem Modus zustande. Ab 1. November 1922 erfolgt auf die bestehenden Löhne ein 10prozentiger Abbau.

Für die Monate Dezember, Jänner und Feber erfolgt für jeden Monat ein weiterer 2 1/2prozentiger Lohnabbau, so daß der Gesamtabbau der Löhne bis Ende Feber 1923 25 Prozent betragen hätte. Der Arbeiterchaft, der es unmöglich war, unter diesen abgebotenen Lohnläsen ihren Lebensunterhalt weiter zu bestreiten, ließ am 15. Jänner l. J. diesen Lohnvertrag ausfündigen und verlangte eine Revidierung dieses Vertrages.

Montag, den 20. Jänner l. J. nachmittags zwei Uhr fanden im Hotel Resedca in Znaim die Lohnverhandlungen statt. Das Ergebnis derselben war, daß der für den Monat Februar geplante weitere Lohnabbau in der Höhe von 5 Prozent entfällt und daß auf die jetzt bestehenden Löhne außerdem eine 3prozentige Lohnaufbesserung erfolgt. Auch konnte die Entlohnung der Ueberstunden, die bisher mit 25 Prozent besser entlohnt wurden, eine Erhöhung erfahren, indem dieselben von nun an mit 30 Prozent besser entlohnt werden. Ebenso war es auch möglich, in der Frage der Arbeiterkassendeckung, die bis jetzt für die Znaimer Lederfabriken nicht existieren, eine Vereinbarung zugunsten der Arbeiterchaft zu erzielen.

Durch diesen Vertragsabschluss waren die Lederarbeiter von Znaim die erste Berufsgruppe, denen es in der gegenwärtigen Zeit durch die gewerkschaftliche Organisation möglich war, eine Lohnverhöhung zu erzielen.

Verlängerung der Arbeitslosenunterstützung für die Glasarbeiter vorläufig auf drei Monate. Anap vor Redaktionschluss erfahren wir, daß das Ministerium für Soziale Fürsorge telephonisch die Ermächtigung gegeben hat, für die bereits von der staatlichen Arbeitslosenunterstützung angestellten Glasarbeiter die Arbeitslosenunterstützung auf weitere drei Monate zu verlängern, so daß sie insgesamt für neun Monate ausgezahlt wird.

Die ersten Unterstützungs- auszahlungen für diese angestellten Arbeitskollegen werden ab 5. Feber bei der staatlichen Arbeitsvermittlungsstelle erfolgen. Die Leistungen betreffend die übrigen Arbeitslosen werden noch eingehen. (Diese Maßnahme wäre ein Erfolg der kürzlich durchgeführten Intervention der städtischen Arbeitslosenfürsorgestelle und der Kreisgewerkschaftskommissionen beim Ministerium für Soziale Fürsorge und sie stelle eine weitere Antwort auf die überheblichen Fragen des ohnmächtigen „Arbeitslosenrates“ dar, was diese Kommission und was die Gewerkschaften für die Arbeitslosen getan haben. D. Red.)

Ein neuer tschechischer Bauarbeiterverband. Nebst der Zerrüttung der Gewerkschaften durch die kommunistische Dey- und Herfürsorgearbeit tritt auch nach anderer Richtung Schwächung der gewerkschaftlichen Organisationen ein. Der kommunistische Zentralverband der Bauarbeiter in Prag schloß auf seinem außerordentlichen Verbandstag im November des Vorjahres mit einer sehr geringen Majorität den Beschluß, der roten

Gewerkschaftsinternationale in Moskau beizutreten. Die Minderheit des Verbandstages hielt sofort eine Sonderkonferenz ab und beschloß die Gründung eines neuen Verbandes. Die gründende Versammlung fand am 28. Jänner l. J. im Volkshaus in Prag statt. Die Versammlung stand im Zeichen der Einmütigkeit und die Verhandlungen wurden in sachlichster Weise geführt.

Allgemein wurde der Grundsatz anerkannt, daß mit der anderssprachigen Kollegenchaft und deren Gewerkschaftsorganisationen ein freundschaftliches Verhältnis hergestellt werden müsse. Dieser Grundsatz wird insbesondere von der Deutschen Arbeiterchaft des Baugewerbes und den baugewerblichen Nebenberufen lebhaft begrüßt werden. Der kommunistische Zentralverband der Bauarbeiter hat bisher durch seinen Vorstehenden Telenka und seine Agenten gegen den tschechischen Bauarbeiterverband den höchstschmerzlichen und gefährlichen Kampf geführt, die deutsche und die tschechische Bauarbeiterchaft auf das schwerste geschädigt. In den Versammlungen tritt Telenka als der wütendste Moskowiter auf, schimpft auf das unfähigste auf die gelben Amsterdamer und schreibt im selben Sinne auch in den Nachblättern seines Verbandes. Das hindert den radikalen Kommunisten Telenka aber durchaus nicht, bis heute noch das Vorstandsmittelglied der Bauarbeiterinternationale zu spielen, welche die Grundsätze der von ihm so verführten und geschwähnten gelben Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale anerkennt. Telenka ist, wie die meisten seiner Gesinnungsgenossen, vielseitig. Wütender Kompromißloser Kommunist, zu gleicher Zeit aber selber Amsterdamer, Sozialpatriot und Sozialverräter.

Ob von dieser Zwieschichtigkeit des Telenka vom Leiter und Führer Sanic des kommunistischen Gewerkschaftsbüros in Reichenberg den deutschen Arbeitern auch schon erzählt wurde? Ob von dieser Zwieschichtigkeit des Telenka tschechischen Arbeitern, seiner kommunistischen Gefolgschaft mitgeteilt. — Der neugegründete Verband wird ebenfalls von der Telenkafarbe scharf bekämpft werden. Die kommunistischen Einheitsapostel, welche die Gewerkschaftsorganisationen bisher schon schwer geschädigten, die besonders unter der tschechischen Arbeiterchaft die größte Verwirrung angerichtet haben, werden sich dabei wenig Vorbeeren holen können. Der neue Verband besitzt in den tschechischen Gebieten, insbesondere aber unter die in den deutschen Bezirken wohnenden tschechischen Bauarbeiterchaft einschneidenden Anhang. Telenka bleibt mit einem kleinen Häuflein deutscher und tschechischer kommunistischer Phantasten und Mauldreher allein. Der neue Verband wird gemeinsam mit allen tschechischen und deutschen Arbeitern, die es ablehnen, daß die Gewerkschaften unter das kommunistische Parteiführer gestellt werden, dafür sorgen, daß die bis jetzt von den Moskowitern betörten und irreführten Arbeiter, den Weg zu den freien Gewerkschaftsorganisationen zurückfinden.

Verabschiedung der Arbeitslosenunterstützung. Ein tschechisches Provinzialblatt bringt die unglaublich klingende Nachricht, daß die Arbeitslosenunterstützung in denjenigen Orten, wo sie bisher 10 K betrug auf 7 K täglich, auf dem Lande von 8 K auf 5 K täglich und für Familienmitglieder von 5 K auf 3 K herabgesetzt werden soll. Es ist ja möglich, daß sich bürgerliche Kreise mit dieser Absicht tragen, zu deren Verwirklichung ist es aber wohl noch weit.

Riesensystem des polnischen Budgets. Der Budgetausschuß des Finanzministeriums hat das Projekt eines Gesetzes für die Sanierung der Staatsfinanzen ausgearbeitet. Das Gesetz sieht vor, daß das finanzielle Gleichgewicht im Laufe von drei Jahren, d. i. vom Jahre 1923 bis Ende 1925, erzielt werden soll. Das Projekt des Sanierungsgesetzes beruht in seinen Grundzügen hauptsächlich auf dem österreichischen Sanierungsgesetz aus dem Jahre 1922. Das Gesetz regelt vor allem die Bestimmungen, unter denen die staatlichen Unternehmungen, in erster Linie die Eisenbahnen, die Post, die Berg- und Hüttenindustrie und die Staatsdruckereien weitergeführt werden. Schließlich sieht das Projekt besonders eine Reduktion der Staatsbeamten vor. Sichtlich der Erhöhung der Staatseinnahmen beruht das Gesetzesprojekt auf dem Beschluß, daß alle Steuern nach der Vorkriegsnorm erhöht werden. Das Gesetz weist darauf hin, daß die Bevölkerung Polens zu weitgehenden Opfern vorbereitet sein muß.

Feri enturse. Die tschechische Krone notiert in:

Table with exchange rates for Zurich, Paris, London, Berlin, etc.

Table with exchange rates for Zurich, Paris, London, Berlin, etc.

Table with exchange rates for Zurich, Paris, London, Berlin, etc.

Table with exchange rates for Zurich, Paris, London, Berlin, etc.

Table with exchange rates for Zurich, Paris, London, Berlin, etc.

Table with exchange rates for Zurich, Paris, London, Berlin, etc.

Table with exchange rates for Zurich, Paris, London, Berlin, etc.

Gerichtssaal.

Die Widersacherin aus dem Fenster geworfen.

Prag, 1. Feber. Im November 1921 drangen die Söhne des Besitzers der Teppichreinigungsanstalt F. Svoboda in Prag-Weinberge in die Wohnung der Privatistin Ludmila Bartal ein, weil sie annahm, daß die Bartal an dem Selbstmord ihrer Schwester Anastasia Svoboda, verheiratete Navratil, schuldig sei. In der Wohnung mißhandelten die drei Svoboda das Dienstmädchen und warfen Frau Bartal aus dem Fenster hinaus. Der Rottmeister Schwarzbach, der sich in der Wohnung befand, stellte sich den Brüdern entgegen und verletzte einen von ihnen durch einen Schußwund. Frau Bartal erlitt damals durch den Sturz schwere Verletzungen. — Die Brüder Svoboda wurden wegen öffentlicher Gewalttätigkeit, Körperverletzung und Beschädigung fremden Eigentums dem Gerichte angeklagt. Bei der heutigen Verhandlung fungierte als Zeugin Frau Bartal selbst. Der Rottmeister Schwarzbach, der später trübsinnig wurde, hat nämlich im Vorjahre durch Selbstmord (Sturz vor einen Zug) seinem Leben ein Ende gemacht. Frau Bartal hat bei der Verhandlung um eine milde Verurteilung ihrer Feinde. Der Gerichtshof verurteilte nach längerer Beratung jeden der drei Brüder Svoboda zu vier Monaten Kerker bedingt.

Einbrüche und Diebstähle.

Prag, 1. Feber. Der Geschäftangestellte Franz Drabel, ein bereits einigemal verbestrafter Dieb, besorgte im Jänner des Vorjahres der Gastwirtin Anna Moural ein Dienstmädchen namens Marie Bezdak, die einem süffigen Schloßchen auf Befehl des Dienstmädchens erst einige Tage im Dienste war, kam Drabel mit einem gewissen Franz Jauris zu ihr und erklärte ihr, daß sie ihnen anhaben müsse, wo die Gastwirtin ihr Geld habe, da sie sie brauchen wolle. Die drei vereinbarten dann, daß die Bezdak bei ihrem Erscheinen in Ohnmacht fallen sollte und daß Drabel die allgemeine Bewirrung dazu benützte, die Wohnung auszulündern. Drabel verspätete sich, so daß Jauris in ein Gasthaus ging, um auf ihn zu warten. Drabel drang allein in die Wohnung und entwendete 13.000 K bar, ein Sparkassabuch mit 11.700 K und Pretiofen im Werte von 30.000 K. Die Bezdak fiel zu spät in Ohnmacht, nämlich als Drabel mit der Beute bereits das Weite suchte. — Die Bezdak und Jauris wurden bereits vor einiger Zeit abgeurteilt. Franz Drabel bekam heute sechs Monate schweren Kerkers bedingt.

Bei der Firma Braun u. Emejkal wurden im Herbst v. J. große Mengen Schmalzdarms im Werte von 123.013 K gestohlen. Als Täter wurden Rudolf Cermak, Mikolaw Bentava und Alois Staral eruiert und dem Gerichte eingeliefert. Ein Strohmatt verurteilte heute Cermak zu achtzehn Monaten, Bentava zu zehn Monaten schweren Kerkers und Staral wegen Mangel an Beweisen frei.

Der 40jährige ehemalige Uhrmacher Josef Bejvoda wurde im Dezember unter dem Verdachte verhaftet, die sich heufenden Diebstähle im Prager Studentenheim verübt zu haben. In der Haft gefand Bejvoda, drei Kugeln im Werte von 3400 K und 800 K bar gestohlen zu haben. Er wurde heute zu fünf Monaten schweren Kerkers verurteilt.

Der auf zehn Jahre aus Prag ausgewiesene Karl Emejkal wurde unter dem Verdachte festgenommen, vor dem Prager Wilsonklub den Riß des Obsterkellers Barfina ausgegraben zu haben. Im Oktober des Vorjahres sprang nämlich ein Mann in den Riß hinein, als Frau Barfina gerade hinter dem Riß den Gehsteig reinigte, und ließ daraus ein Schußgel mit der Tageslosung von 2000 K. Frau Barfina glaubte dann einige Wochen in Gefahr den Täter zu erkennen, sowohl er sich ändern, neuen Anzug an hatte. Emejkal wurde heute wegen Mangels an Beweisen vom Einbrüche frei gesprochen. Das Gerichte verurteilte ihn aber wegen verbotener Wiedereintritt nach Prag zu sechs Wochen Kerker, welche Strafe durch die Unterbringung als verbüßt erscheint. Emejkal wird der Polizei übergeben werden.

Amst und Wissen.

Neues Theater. Heute Freitag Verdis „Rigoletto“ mit Leonardo Aramesco-Wien als Herzog und Jean Ernest vom Reichenberger Stadttheater in der Titelrolle als Götten auf Anstellung. Morgen Samstag Schubert's Singpiel „Drei-Mäderhaus“ mit Lily Kelly als Hammerl Tschall. Sonntag nachmittags Arbeitnervorstellung 2 Uhr „Maria Stuart“. Sonntag abend Verdis große Oper „Aida“ mit Maria Franz (Amneris) und Anton Schimmel (Rhadames) als Götten auf Anstellung. Titelrolle Olga Forrai.

Kleine Bühne. Heute Freitag und Sonntag nachmittags halb 3 Uhr das erfolgreiche Lustspiel „Casanova Sohn“. Morgen Samstag Wedekind's Drama „Muffel“. Die Alara Bühnenwadel spielt zum erstenmal Sonik Kainer, den Lindetuh Hans Helmuth Koch. Sonntag abend Gastspiel Blanche Dergan in der Komödienheit „Marissa's halbes Herz“ von Max Prod.

Der wienerische Hanswurst ist das Symbol des alten Wiener Volksstückes, dieses ewigen Quixoborns der Lebensfreude und der Volkstunst. Genosse Dr. Kleinberg spricht heute, den 2. Feber in einem vom „Verein deutscher Arbeiter“ und der „Urania“ veranstalteten Vortrag über diese lebensprühende Figur; der in Prag seitens bekannte Ernst Burmser wird heitere Proben lesen. Viele Originallichtbilder. — Großer Uraniafanz, heute 8 Uhr abends. Karten in der „Urania“ und bei Genossen Deutsch.

Bereinsnachrichten.

Touristen-Verein „Die Naturfreunde“, Prag, Sonntag, 4. Feber. Nachm. Ausflug. Treffp. 1 Uhr nachm. Masarykbfh. Abfahrtshalle. Samstag: Führer-Sigung, Rasse „R 33a“, 8 Uhr abends. 1407

Mitteilungen aus dem Publikum.

Advertisement for VISA N BÄCKEREI. Includes an illustration of a baker and text describing products like Spitzbuben and Eidotter.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Dollh.

Bio-Programm vom 2. bis 9. Feber.

OSSI OSWALDA in dem prächtigen Lustspiel „Lido-Bio „Der blinde Passagier“ Nächstes Programm „JUGEND“ von Halbe, 201

Advertisement for Fabrik mediz. Verbandstoffe Ludwig Fischer Tepitz-Schönau 1086. Inh. J. Schlosser.

Wo verkehren wir?

Café Continental, 108 Prag-Graben. Goldenes Arenal, 108 Prag-Neuzant.

Gastwirtschaft Deutsches Vereinshaus Prag, Emech 22 (Urania). 1060

Advertisement for Café Nizza 45. Kgl. Weinberg, Jungmannstraße 27. Unser Stammlokal.

Advertisement for Gastwirtschaft „Lidový dům“ der Genossenschaft „Ganymed“ Täglich PRAG II., Hybernská Nr. 7.

Teplitz-Schönau. CAFÉ EUROPE Bahnhofstraße.

Advertisement for Plering-Seni u. Essig. Includes a logo and text: „Inserieren Sie im „Sozialdemokrat““